



Bundesministerium  
der Verteidigung

# Armee der Einheit 1990 – 2000



**Bundeswehr**

Herausgeber:  
Bundesministerium der Verteidigung  
Presse- und Informationsstab  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Postfach 13 28, 53003 Bonn  
Text: Dirk Sieg, M.A.  
Internet: <http://www.bundeswehr.de>  
Stand: September 2000

# 1990–2000

## „Armee der Einheit“ Inhalt

I.	Einleitung	Seite 5
II.	Zehn Jahre „Armee der Einheit“	
1990	Auf dem Weg zur „Armee der Einheit“	6
1991	Reduzierung und Dislozierung – Die Bundeswehr und die Erfüllung des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“	10
1992	Soldaten in einer deutschen Armee	14
1993	Die zivile Bundeswehrverwaltung und ihre Aufgaben	17
1994	Die neue Struktur der Bundeswehr	20
1995	Bundeswehr und Umweltschutz	25
1996	Krisenbewältigung im Frieden	28
1997	Deichverteidigung nach militärischen Grundsätzen	32
1998	„Partnerschaft für den Frieden“	35
1999	Der Krieg im Kosovo	41
2000	Zehn Jahre „Armee der Einheit“ : Bilanz und Ausblick	45
III.	Weiterführende Literatur	48



# Einleitung

## I. Einleitung

Die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 stellte die Bundeswehr vor Herausforderungen, die in der Geschichte bisher einmalig sind.

Mit dem 3. Oktober 1990 wurde nicht nur der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vollzogen, sondern auch der Beitritt der damaligen Nationalen Volksarmee (NVA) zur Bundeswehr.

Die Bundeswehr wuchs in den zehn Jahren, die seither vergangen sind, zur „Armee der Einheit“ zusammen. Sie führte Menschen zusammen, die sich noch kurz zuvor als Angehörige zweier gegnerischer Bündnissysteme gegenüberstanden hatten und die sich das heute nicht mehr vorstellen können.

Was erreichbar ist, wenn Ost und West aufeinander zugehen und sich mit Tatkraft gemeinsamen Aufgaben stellen, hat die „Armee der Einheit“ seit 1990 gezeigt.

Seit nunmehr zehn Jahren steht die Bundeswehr im Dienste der parlamentarischen Demokratie des vereinigten Deutschlands.

Integriert in unsere freiheitliche, pluralistische Gesellschaft, ist ihr Leitbild der Soldat als mündiger „Staatsbürger in Uniform“. Menschenwürde, Recht und Freiheit bilden das Fundament der „Inneren Führung“, der inneren Verfassung der Bundeswehr.

Das Selbstverständnis und die Tradition der Bundeswehr sind wesentlich von den freiheitlichen Werten der deutschen Militärgeschichte geprägt, wie sie sich etwa mit dem Namen von Reformern wie Gerhard von Scharnhorst verbinden. Daneben gehört der Geist des deutschen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur zu dem ethischen Fundament, auf dem die Bundeswehr aufbaut.



> Kundgebungen der Bürger am Brandenburger Tor

Mit der Vereinigung Deutschlands fand zugleich der Kalte Krieg und die Teilung Europas ein Ende. Die sicherheitspolitische und strategische Lage in Europa hat sich seither entscheidend verbessert. Diesen neuen Rahmenbedingungen wurden Aufgaben, Umfang und Struktur der Bundeswehr in den vergangenen zehn Jahren angepasst.

Zehn Jahre „Armee der Einheit“ hat das Bundesministerium der Verteidigung zum Anlass genommen, in einer Sonderausstellung in seinem Militärgeschichtlichen Museum in Dresden die Stationen der Bundeswehr seit der Wiedervereinigung nachzuzeichnen.

Die vorliegende Begleitbroschüre möchte hierzu als Handreichung einen Beitrag leisten.

Entsprechend den Ausstellungsensembles chronologisch geordnet nach Jahreszahlen, nehmen die nun folgenden Kapitel thematisch Bezug auf die jeweiligen Hauptereignisse.

Die Broschüre gibt aber auch denjenigen, die die Ausstellung nicht besuchen können, Informationen über die Ereignisse der Jahre 1990 bis 2000 und die Einbindung der Bundeswehr in diese historische Epoche.

### Auf dem Weg zur „Armee der Einheit“

Im Sommer 1989 begann fast unmerklich ein Prozess, der innerhalb weniger Wochen dramatische Ausmaße annahm und die politische Karte Europas grundlegend verändern sollte: der Zerfall der DDR.

Im Zuge der Liberalisierung in der Sowjetunion hatten zuvor Polen und Ungarn den Demokratisierungsspielraum genutzt, innenpolitische Reformen durchzuführen.

Hiergegen stemmte sich jedoch die Führung der DDR, während der eigene Staat immer mehr zerfiel.



> DDR-Polizisten riegeIn die Ostseite der Mauer ab

Im Verlauf der DDR-Kommunalwahlen war es im Mai 1989 zu massiven Wahlfälschungen gekommen, gegen die die Bürgerbewegungen protestiert und wiederholt freie Wahlen gefordert hatten.

Auch die Mahnungen des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow an Erich Honecker, anlässlich des 40. Jahrestages der DDR (7.10.1989) – verhallt ohne Resonanz.

Der sichtbare Niedergang in der DDR verstärkte das Klima des Vertrauensverlustes und der Hoffnungslosigkeit. Ihren Niederschlag fand die Resignation zum einen im Aufbegehren der wachsenden

Oppositionsbewegungen, zum anderen in der Massenflucht im Sommer 1989 in die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Budapest, Prag und Warschau. Die Bundesregierung konnte erreichen, dass die Geflüchteten in die Bundesrepublik Deutschland weiterreisen durften. Hatte Mitte der achtziger Jahre die Zahl der DDR-Übersiedler bei jährlich 40.000 Übersiedlern gelegen, stieg die Zahl im Jahre 1989 auf 343.854 Personen an. Um diesen Zustrom an Übersiedlern integrieren zu können, wurden die Aufnahmeeinrichtungen in der Bundesrepublik sowohl räumlich als auch personell kurzfristig erheblich ausgebaut. Zur Unterstützung der Bundesaufnahmestellen in Gießen und Berlin wurden mit der Bereitstellung von Unterkünften und Personal der Bundeswehr sowie des Bundesgrenzschutzes zusätzlich zahlreiche Erstaufnahmestellen geschaffen.

Zur gleichen Zeit demonstrierten ab Oktober 1989 hunderttausende Bürger der DDR für Reformen und eine demokratische Erneuerung. Sie gingen wie zum Beispiel bei den Leipziger „Montags-Demonstrationen“ mit der Parole auf die Straße: „Wir sind das Volk!“

Auf diese Massenbewegung versuchte das DDR-Regime mit einem Führungswechsel zu reagieren; am 18. Oktober 1989 verlor Erich Honecker alle Ämter und wurde als SED-Generalsekretär durch das Politbüro-Mitglied Egon Krenz abgelöst.

Als die Demonstrationen gegen die Staats- und Parteiführung der DDR im Herbst 1989 ihren Höhepunkt erreicht hatten, wurden zwar einige „NVA-Hundertschaften“ zur Unterstützung der „Ordnungs- und Sicherheitskräfte“ gebildet, doch kam es glücklicherweise zu keinerlei Zusammenstößen mit der Bevölkerung. Denn bald geriet die Nationale Volksarmee (NVA) selbst in den Sog

der politischen Umwälzungen. Angesichts der Protest- und Ausreisewelle der eigenen Bevölkerung schwankte die Führung der NVA zwischen „Konterrevolutionshysterie“ und der Einsicht, dass das Ende der DDR unabwendbar sei. Ebenso fielen die Reaktionen innerhalb der Truppenteile der NVA gegenüber den sich abzeichnenden politischen Veränderungen je nach Dienststellung der Soldaten, aber auch von Einheit zu Einheit unterschiedlich aus.

Die friedliche Revolution in der DDR erreichte ihren dramatischen Höhepunkt am 9. November 1989: Die Berliner Mauer fiel. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) musste die jahrzehntelange Verweigerung der Freizügigkeit aufgeben. Noch in der Nacht strömten viele Tausende über die Grenzübergänge nach West-Berlin. Ganz Berlin verwandelte sich in eine einzige große Jubelfeier. Innerhalb einer Woche reisten neun Millionen Menschen aus der DDR zu Besuchen in das Bundesgebiet, insbesondere in den Westteil Berlins.

Die Menschen in der DDR vollbrachten das Wunder, sich ihr Recht auf Freizügigkeit ohne Waffen und ohne Gewalt zu erzwingen. Die Reformversuche des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow und der Abbau des Eisernen Vorhangs in Ungarn hatten einen Freiheitswillen entfesselt, der die scheinbar unerschütterliche Macht der SED binnen weniger Wochen hinwegfegte.

Weder die Bundeswehr noch die NVA waren auf die rasche Selbstaflösung der DDR und des Ostblocks zwischen 1989 und 1990 vorbereitet.

Auf den weiterhin stattfindenden Massendemonstrationen in der DDR wurde nun der Ruf nach einem vereinigten Deutschland immer lauter. Der damalige Kanzler der Bundesrepublik Dr. Helmut Kohl legte am 28. November dem Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan vor, der über einzelne, zeitlich nicht bestimmte Stufen einer Vertragsgemeinschaft und bundesstaatlichen Ordnung auf die Einheit Deutschlands hinzielte. In Ost-Berlin trat am

7. Dezember der „Runde Tisch“ aus Vertretern der Oppositionsgruppen, der Volkskammerparteien und der Regierung zusammen. Bis zur Neuwahl der Volkskammer bildete dieser das politische Gremium der DDR. Der auch nach Jahresbeginn 1990 anhaltende Übersiedlerstrom aus der DDR, die auf Machterhalt gerichteten politischen Manöver der SED, die sich nun Partei des Sozialismus (PDS) nannte, und die Streitigkeiten um die endgültige Auflösung des Staatssicherheitsdienstes (STASI) beschleunigten die Entwicklungsprozesse.



> Freie Einreise in die Bundesrepublik

Nach den vorverlegten DDR-Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 (der ersten freien Wahl für die Bürger der DDR seit Ende der Weimarer Republik) wurde unter dem damaligen „Ost-CDU“-Vorsitzenden Lothar de Maizière eine Koalitionsregierung aus Allianz, Liberalen und Sozialdemokraten gebildet. Sie nahm noch im April 1990 die Verhandlungen mit der Bundesregierung über einen Staatsvertrag zur Bildung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf. Die Verhandlungen über einen zweiten Staatsvertrag, der die Bedingungen eines Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland (nach Artikel 23 des Grundgesetzes) regeln sollte, wurden bereits im Juli aufgenommen und am 31. August 1990 mit der Unterzeichnung des Einigungsvertrages abgeschlossen. Die Vereinigung wurde für den 3. Oktober 1990 vereinbart. Der rasche Beitritt war auch außenpolitisch möglich geworden, da es der deutschen Diplomatie unter dem damaligen



> Ankunft von 8.000 DDR-Flüchtlingen aus Prag in Hof

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gelungen war, das Einverständnis aller beteiligten Mächte mit der deutschen Einigung zu erreichen.

Die friedliche Revolution in Deutschland traf in Europa und in der Welt auf breite Zustimmung. Das Recht der Deutschen, sich nach 45 Jahren der Trennung wieder zu vereinen, wurde von niemandem bestritten. Aber die sich ankündigende rasche Entwicklung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten löste aus der geschichtlichen Erinnerung heraus bei einigen Nachbarstaaten (aber auch in Israel) Ängste aus.

Die Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland der NATO und der Europäischen Gemeinschaft (EG), die DDR hingegen dem Warschauer Pakt angehörte, erforderte, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten von den Deutschen nicht im Alleingang vollzogen, sondern nur in enger Abstimmung mit den vier Siegermächten sowie den Nachbarstaaten erreicht wurde. Insbesondere gestalteten sich die Verhandlungen mit der Sowjetunion schwierig, die mit ihrer Zustimmung zur deutschen Einheit die DDR, das westliche Vorfeld ihres Sicherheitsgürtels, aufgab.

Die im Februar 1990 am Rande der ersten gemeinsamen Tagung von NATO und Warschauer Pakt vereinbarten so genannten „Zwei-plus-Vier-Konferenzen“ (zwischen beiden deutschen Regierungen und den vier Siegermächten von 1945) sowie einer Zusammenkunft der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), sollten den deutschen Einigungsprozess zum Verhandlungsgegenstand nehmen.

Die Sowjetunion gab erst anlässlich des Treffens zwischen dem damaligen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow und dem damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 16. Juli 1990 im Kaukasus endgültig ihre Zustimmung zum Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO.

Damit war der Weg frei für den Abschluss der „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ über den zukünftigen Status des vereinten Deutschland. Am 12. September unterzeichneten die Außenminister der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs und beider deutscher Staaten in Moskau den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“. Die Außenminister vereinbarten, die „Vier-Mächte-Rechte“ bereits am 3. Oktober 1990 – noch vor der Ratifizierung des Vertrages durch die Parlamente – zu suspendieren. Damit erhielt das vereinte Deutschland seine volle und uneingeschränkte Souveränität. Das vereinte Deutschland verpflichtete sich, seine Streitkräfte auf 370.000 Mann zu reduzieren und auf atomare, biologische und chemische Waffen (ABC-Waffen) zu verzichten. Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen aus ehemaligem DDR-Territorium (bis spätestens 1994) sollten keine dortigen deutschen Einheiten der NATO unterstellt werden.

Mit feierlichen Zeremonien und Freudenfesten begingen die Deutschen am 3. Oktober 1990 den Tag der deutschen Einheit. Bei einem Staatsakt in der Berliner Philharmonie bekräftigte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker: „In freier Selbstbestimmung vollenden wir die Einheit und Freiheit Deutschlands. Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.“

**11./12. Februar**

Der Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, stimmt der Wiedervereinigung Deutschlands zu.

**Februar**

Das Bundeskabinett beschließt Erziehungsurlaub für Soldaten und die Öffnung des Militärmusikdienstes für Frauen.

**25. Februar**

Der amerikanische Präsident George Bush erklärt, dass die USA die deutsche Einigung vorbehaltlos unterstützen und auch ein vereintes Deutschland der NATO angehören solle.

**18. März**

Erste freie Wahlen in der DDR.

**27. April**

- Die Verteidigungs- bzw. Abrüstungs- und Verteidigungsminister der beiden deutschen Staaten, Gerhard Stoltenberg und Rainer Eppelmann, verständigen sich darauf, dass ein vereintes Deutschland Mitglied der NATO sein soll.
- Alfred Biehle wird neuer Wehrbeauftragter.

**10. August**

Ein Minensuchverband mit etwa 500 Marinesoldaten wird wegen der Golfkrise ins östliche Mittelmeer entsandt.

**30. August**

Generalleutnant Jörg Schönbohm wird Befehlshaber des neuen Bundeswehrkommandos Ost.

**12. September**

- Abschluss der „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ in Moskau.
- Unterzeichnung des Deutschland-Vertrages.

**30. September**

Unterzeichnung des Einigungsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

**2. Oktober**

Um Mitternacht hört die NVA auf zu bestehen.

**3. Oktober**

„Tag der Deutschen Einheit“. Verteidigungsminister Stoltenberg übernimmt Befehls- und Kommandogewalt über die gesamtdeutschen Streitkräfte.

**17. Oktober**

Indienststellung der Deutsch-Französischen Brigade.

**19. November**

Unterzeichnung des VKSE-Vertrages von 22 Staats- und Regierungschefs aus den Ländern der NATO und des Warschauer Paktes in Paris.

**14. Dezember**

Die Sowjetunion gestattet Bundeswehrmaschinen, Hilfslieferungen in die UdSSR zu fliegen.



➤ Bürger beider Staaten demonstrieren für die Einheit



## Reduzierung und Dislozierung

### Die Bundeswehr und die Erfüllung des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“

Mit dem Tag der deutschen Einheit übernahm am 3. Oktober 1990 der damalige Bundesminister der Verteidigung, Prof. Dr. Gerhard Stoltenberg, die Befehls- und Kommandogewalt über die noch bestehenden Streitkräfte der ehemaligen DDR. Gleichzeitig wurde in Berlin-Strausberg das Bundeswehr-Kommando Ost als „zentrale Führungseinrichtung aller Truppenteile, Stäbe und Einrichtungen auf dem Gebiet des beigetretenen Teils Deutschlands für eine Übergangszeit von mindestens sechs Monaten“ eingerichtet.

So traten am 3. Oktober 1990 rund 90.000 Soldaten und 47.000 zivile Mitarbeiter in 1.500 Truppenteilen, verteilt auf 2.000 Liegenschaften, unter die Befehls- und Kommandogewalt des Bundesministers der Verteidigung. Die Dienstflaggen der DDR wurden durch die Bundesdienstflagge ersetzt, die Uniformen der NVA gegen die der Bundeswehr ausgetauscht. „NATO-Oliv“ beherrschte von nun an das Bild.

Mit der Vereinigung wurden die neuen Bundesländer in das NATO-Vertragsgebiet mit einbezogen.

Gemäß den zwischen dem damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow getroffenen und im „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ festgelegten Vereinbarungen, wurden die Truppenteile in den fünf neuen Bundesländern jedoch bis zum Abzug der Westgruppe der Streitkräfte der ehemaligen Sowjetunion aus Deutschland der NATO noch nicht unterstellt, sondern verblieben bis dahin unter nationalem Kommando.

Nach dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ musste die Bundeswehr bis zum 31. Dezember 1994 auf 370.000 Mann reduziert und deshalb durchgreifend reorganisiert werden.

Darüber hinaus hatte die Bundesregierung Ende 1990 den Vereinbarungen des Wiener Vertrages über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE) der materiellen Verringerung ihrer Streitkräfte zugestimmt. Für das Heer bedeutete das zum Beispiel eine Reduzierung wie folgt:

Panzer: von 7.283 auf 4.166 (= 41 %),  
Schützenpanzer: von 8.322 auf 3.466 (= 61 %),  
Geschütze: von 4.690 auf 2.705 (= 42 %),  
Kampfflugzeuge: von 1.204 auf 900,  
Hubschrauber: von 417 auf 306.

Aufgrund nationaler Erwägungen sind diese Zahlen zum Teil deutlich unterschritten worden.



> Von links: Die Minister Eppelmann und Stoltenberg, Generalleutnant Schönbohm

Bereits am 2. August hatte der damalige Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, Rainer Eppelmann, die Absicht geäußert, die NVA von ursprünglich 170.000 auf 98.000 Mann zu reduzieren. Er hatte empfohlen NVA und Bundeswehr mit der Vereinigung „zusammenwachsen“ zu lassen.

Am 2. Oktober 1990 wurde die NVA offiziell aufgelöst. Vor der Auflösung wurden alle Generale sowie Admirale, alle Politoffiziere, alle Soldaten über 55 Jahre und alle weiblichen Soldaten verabschiedet. Die verbleibenden Armeeinghörigen hatten die Wahl, in die Bundeswehr einzutreten.

Wie beachtlich die vollbrachte Leistung zur Reduzierung der Streitkräfte gewesen ist, wird ersichtlich, wenn man bedenkt, dass die Bundeswehr am 3. Oktober 1990 durch die Übernahme der Soldaten und zivilen Mitarbeiter der NVA personell und materiell so stark wie nie zuvor geworden war.

Am Tage der Einheit hatte die Bundeswehr in den alten und neuen Bundesländern 585.000 Soldaten und 215.000 zivile Mitarbeiter. Unzählige Mengen an Wehrmaterial jeglicher Art der ehemaligen NVA wurden übernommen. Hinzu kamen über 70.000 Kraftfahrzeuge und Anhänger sowie umfangreiche Mengen an Pioniergerät, Baumaschinen, elektronischen Geräten, Ersatzteilen, Ausrüstungsgegenständen, Bekleidung und Sanitätsmaterial.

Personal und Material mussten daher massiv reduziert werden. Dieser Abbau umfasste einen großen Teil der von der ehemaligen NVA übernommenen Bewaffnung und Ausrüstung.

Die Zahl der Soldaten der ehemaligen NVA verringerte sich bis Ende 1990 um etwa 24.000 auf insgesamt 69.000. Bis Juni 1991 kam es vor allem darauf an, die nicht mehr benötigten Truppenteile der ehemaligen NVA weiter aufzulösen und die Dislozierung neuer Truppen im Osten fortzusetzen. So sollte die Voraussetzung für eine neue Bundeswehrstruktur geschaffen werden.

Die Liegenschaften und Unterkünfte mussten verbessert werden, insbesondere die Küchen- und Sanitäreinrichtungen. Die nicht mehr benötigten Liegenschaften wurden für die zivile Nutzung freigegeben. Waffen und Geräte, für die die Bundeswehr keine Verwendung fand, wurden an zentralen Lagerorten zusammengeführt. Die Entsorgung und Verwertung des unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallenden Materials wie Kampfpanzer, Artilleriewaffen, Kampfflugzeuge usw. sowie der sonstigen Waffen und Munition konnte 1995 abgeschlossen werden.

Für alles dies war das Bundeswehrkommando Ost (BwKdo Ost) zuständig. Es wurde bereits am 30. August 1990 in Strausberg bei Berlin einge-

richtet. Generalleutnant Jörg Schönbohm wurde Befehlshaber dieses neuen Bundeswehrkommandos. Das Kommando hatte als Zentrales Führungsorgan aller Truppenteile, Stäbe und Einrichtungen auf dem Gebiet des beigetretenen Teils Deutschlands für eine Übergangszeit von mindestens sechs Monaten zu arbeiten und die Auflösung der NVA durchzuführen.



➤ Die alten NVA-Symbole hatten ausgedient

Im ersten Quartal 1991 wurden insgesamt 139 Truppenteile und Dienststellen der ehemaligen NVA aufgelöst; gleichzeitig gab es 39 neue Aufstellungsbefehle. Am 1. April 1991 übertrug das Bundeswehrkommando Ost (BwKdo Ost) erste Aufgabengebiete an das Korps und Territorialkommando Ost, Kommando 5. Luftwaffendivision und an das Marine-Kommando in Ostdeutschland und leitete so die beabsichtigte Führungsstruktur ein.

Mit einem militärischen Appell am 1. Juli 1991 stellte der Bundesminister der Verteidigung das BwKdo Ost außer Dienst. Der Befehlshaber des Kommandos, Generalleutnant Jörg Schönbohm, resümierte nach Erfüllung seines Auftrages: „Es ist viel darüber diskutiert worden, ob Soldaten eines ehemaligen kommunistischen Unrechtsstaates Soldaten in der Bundeswehr, einer unserem Rechtsstaat verpflichteten Armee, sein können. Ich sage heute unmissverständlich: Auch Soldaten der ehemaligen NVA begreifen die prinzipiellen und grundlegenden Unterschiede und sind bereit, unserem vereinten Deutschland zu dienen – sie haben seit dem 3. Oktober hierzu den Anfang

gemacht, und sie werden es in der Zukunft beweisen.“ In seinem Tagesbefehl wies er darauf hin, dass es darauf ankomme, den begonnenen „Einigungsprozess in der Bundeswehr zu vollenden, der zu wahrhaft gesamtdeutschen Streitkräften führen muss“. Stoltenberg unterstrich, dass das BwKdo Ost „nicht nur eine militärische Aufgabe vorbildlich erfüllt, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenwachsen des vereinten Deutschlands geleistet habe“. Die Arbeit der Soldaten des BwKdo Ost fand breite Anerkennung.



> NVA-Panzer in Löbau vor ihrer Demontage

Ende 1992 war die Masse des Materials der früheren NVA zusammengeführt und die Mehrzahl der Lager an die zivile „Material-Depot-Service-Gesellschaft“ übergeben worden.

Die so genannte „Heeresstruktur 5“ diente für den Aufbau des Heeres in den Beitrittsländern als Anhalt. Zur Aufstellung neuer Heerestruppendeile wurden Personal, Material und Infrastruktur der früheren NVA herangezogen. Als Grundlage für das Heereskommando Ost diente das „Kommando der Landstreitkräfte“ der ehemaligen NVA in Potsdam, deren unmittelbaren NVA-Truppendeile ihm nun unterstellt waren.

Neben den heerspezifischen Aufgaben hatte das Korps und Territorialkommando Ost gleichfalls Führungsfunktionen in territorialen Angelegenheiten für die Truppendeile der Luftwaffe und Marine in den neuen Bundesländern.

Aus den ehemaligen DDR-Militärbezirken gingen die Wehrbereichskommandos hervor.

Das Heereskommando Ost übernahm schrittweise die Aufträge des BwKdo Ost und wurde am 16. April 1991 zum Korps und Territorialkommando Ost umgebildet. Dessen Kommandierender General und Befehlshaber wurde Generalmajor Werner von Scheven, zuvor Stellvertretender Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost. Er war nun Chef der höchsten Kommandobehörde des Heeres in den neuen Bundesländern und verantwortlich für die Herstellung der „Übergangsstruktur Ost“. Zudem sollte sein Korps „Pilotfunktion“ insgesamt für das neu zu reformierende Heer haben.

Neben dem Aufbau der militärischen Führungsstruktur schritt der Truppenaufbau zügig voran. So waren bereits Ende 1994 rund 58.000 Soldaten von Heer, Luftwaffe und Marine in den neuen Bundesländern stationiert. Parallel wurden in den Jahren 1991/92 logistische, sanitätsdienstliche und fernmeldetechnische Einrichtungen sowie eine Vielzahl von Kleindienststellen aufgebaut.

Das Korps der Territorialkommandos Ost wurde wiederum am 1. Januar 1995 als Folge der Veränderungen im Zusammenhang mit den Neuerungen der Heeresstruktur 5 umgegliedert. Fortan trägt es die Bezeichnung IV. Korps und hat weiterhin seinen Sitz im brandenburgischen Potsdam.



> Probezerstörung von T 55

**6. Januar**

212 Soldaten des Jagdbombergeschwaders 43 aus Oldenburg werden mit 18 Alpha-Jets auf den türkischen Fliegerhorst Erhac verlegt, um den Irak von Angriffen auf die Türkei abzuschrecken.

**17. Januar**

Beginn der Operation „Desert Storm“ zur gewaltsamen Befreiung Kuwaits von irakischer Besetzung durch eine multinationale Streitmacht unter amerikanischer Führung.

**13. Februar**

32 israelische Soldaten werden an der ABC- und Selbstschuttschule in Sonthofen am Spürpanzer „Fuchs“ ausgebildet.

**25. Februar**

Die Außen- und Verteidigungsminister des Warschauer Paktes beschließen die Auflösung dieser Militärorganisation. Am 1. Juli 1991 wird die Auflösungsurkunde unterzeichnet.

**6. März**

Auf Ersuchen der USA beschließt die Bundesregierung, deutsche Minenabwehreinheiten in den Persischen Golf zu verlegen. Sie sollen sich an der Räumung von Seeminen vor der kuwaitischen Küste beteiligen. Die Marine setzt dazu erstmalig das Minenabwehrsystem „Troika“ ein.

**16. April**

Im Rahmen einer „Operation Kurdenhilfe“ versorgen Bundeswehr-Hubschrauber aus Mendig und Laupheim kurdische Flüchtlinge in Anatolien.

In Potsdam wird das Korps/Territorialkommando Ost aufgestellt. Erster Befehlshaber ist Generalleutnant Werner von Scheven.

**1. Juli**

Das Bundeswehrkommando Ost wird außer Dienst gestellt. Seine unterstellten Verbände treten unter das Kommando der Teilstreitkräfte.



➤ Erste Runde nach dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“

**2. September**

Hubschrauber der Bundeswehr transportieren Kommissare der Vereinten Nationen (VN), die im Irak die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen kontrollieren.

**1. Oktober**

General Klaus Naumann wird Generalinspekteur der Bundeswehr.

**6. November**

Sechs (später 15) deutsche Sanitätsoffiziere und -unteroffiziere werden zur medizinischen Betreuung von VN-Angehörigen nach Kambodscha entsandt.

**8. November**

Auf dem NATO-Gipfel in Rom wird eine neue Strategie des Bündnisses beschlossen. Sie setzt auf die Triade von Dialog, Kooperation und Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit und löst die Konzeption der „flexible response“ ab.

**21. Dezember**

Die Sowjetunion hört nach 70 Jahren auf zu existieren. Zwei Tage später wird die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gegründet.

## Soldaten in einer deutschen Armee



> Generalleutnant Schönbohm: „Deutsche kommen zu Deutschen“

Auf die 2.000 Offiziere und Unteroffiziere aus den westlichen Bundesländern, die nach nur kurzer Vorbereitung auf ihren Auftrag am 3. Oktober 1990 in die aufgelösten Truppenteile der NVA gingen, um die Umsetzung der Befehls- und Kommandogewalt des Bundesministers der Verteidigung sicherzustellen, NVA-Verbände personell und materiell aufzulösen und den Aufbau der Bundeswehr „im Osten“ zu beginnen, kamen Aufgaben zu, die nur schwer abzuschätzen und einzugrenzen waren.

Da es keine „Schubladenpläne“ für den Fall der Vereinigung beider deutscher Staaten gegeben hatte, musste sehr viel improvisiert werden. Denn keine Vorschrift war durch einfaches „Umklappen“ von West nach Ost anwendbar. Hier waren Ausnahme-, Übergangs- und Notlösungen sowie schnelle unbürokratische Entscheidungen zu treffen.

Darüber hinaus waren straffe und konsequente Führung einerseits sowie Delegation von Verantwortung, Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl andererseits nötig, um die Lage zu meistern.

Hingegen sahen sich die Angehörigen der ehemaligen NVA einem immensen psychologischen und sozialen Problemdruck ausgesetzt. Die Uniform des ehemaligen, staatlich propagierten „Klassenfeindes“ anzuziehen, war für manche Soldaten der NVA und die betroffenen Familien mit äußerst zwiespältigen Gefühlen verbunden, obwohl der Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost, Generalleutnant Jörg Schönbohm, den Geist der Kommandoübernahme durch Offiziere der Bundeswehr in einer treffenden Formulierung vorgegeben hatte: „Wir kommen nicht als Sieger zu Besiegten, sondern als Deutsche zu Deutschen.“

Die Soldaten aus den neuen und den alten Bundesländern waren gefordert, die „innere Einheit“ Deutschlands auf militärischem Gebiet zu vollziehen. Natürlich verlief dies nicht ohne Anfangsschwierigkeiten. Berufs- und Zeitsoldaten der „alten“ Bundeswehr und aus der NVA übernommene Offiziere und Unteroffiziere begegneten sich anfänglich mit Skepsis.

Die Einziehung von Wehrpflichtigen aus den neuen Ländern in Standorte in den alten Bundesländern

wurde vielfach als unnötige Härte empfunden. Die frühere NVA war eine „Armee sozialistischen Typs“, die unter fester Direktive der SED stand. Die ehemalige NVA galt in den Augen vieler ostdeutscher Bürger als privilegierte Organisation des früheren DDR-Regimes.

Als Herausforderung erwies sich die Umsetzung des Prinzips der Inneren Führung an Standorten in den neuen Bundesländern.

Letztendlich schwanden jedoch schnell im täglichen Dienstbetrieb die gegenseitigen Vorbehalte.

Bereits seit Januar 1991 leisteten die Grundwehrdienstleistenden aus den neuen Bundesländern zunächst überwiegend ihre dreimonatige Grundausbildung in westlichen Truppenteilen ab, da in den östlichen noch nicht die Voraussetzungen hierfür gegeben waren. Danach gingen sie wieder zurück in heimatnahe Verwendungen. Dies bedeutete auch eine Herausforderung an die Fähigkeiten zur Menschenführung aller Vorgesetzten aus Ost und West, für die in der Ausbildung befindlichen ehemaligen NVA-Angehörigen auch ein Anreiz zur Weiterbildung. Das gemeinsame Angehen der Schwierigkeiten wirkte dabei integrativ. Darüber hinaus wurde das Zusammenwachsen der Jugend aus beiden Teilen Deutschlands positiv beeinflusst. Darauf aufbauend werden seit Juli 1992 auf der Grundlage der Weisung „Wechselseitige Einberufung“



> Bundespräsident Herzog in der Heeres-Unteroffizierschule Delitzsch

Wehrpflichtige jeweils zu Einheiten über die frühere „innerdeutschen Grenze“ hinweg einberufen.

Auf dem Weg zur „Armee der Einheit“ hatte die Bundeswehr rund 6.000 Offiziere und rund 11.200 Unteroffiziere der früheren NVA als Soldaten auf Zeit für zwei Jahre übernommen, nachdem sie sich dafür beworben hatten. Nach Ablauf der zwei Jahre integrierte die Bundeswehr, sofern ein Antrag gestellt wurde, 3.000 Offiziere und 7.600 Unteroffiziere der ehemaligen NVA als Berufssoldaten. Sie hatten zuvor Auswahlverfahren für das weiterführende Dienstverhältnis zu durchlaufen. Am 2. Oktober 1992 ernannte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle in Leipzig die ersten 20 ehemaligen NVA-Soldaten zu Berufssoldaten der Bundeswehr.



> Rekruten der Pionierbrigade 80 beim Gelöbnis

**19. Februar**

Das Bundeskabinett billigt das neue Personal-konzept der Bundeswehr, das bis Ende 1994 eine Reduzierung der Stärke auf 370.000 Soldaten vorsieht.

**18. März**

Mit dem Abzug des VII. US-Korps enden 41 Jahre amerikanischer Militärpräsenz in Baden-Württemberg.

**18.–25. März**

Die erste Weltraummission eines Bundeswehrsoldaten ist beendet. Gemeinsam mit russischen Kosmonauten verbrachte Major Klaus-Dieter Flade acht Tage im All.

**24. März**

In Wien wird der Vertrag über „Open Skies“ unterzeichnet. Luftgestützte Beobachtung soll die Rüstungskontrolle und Krisenüberwachung effektiver machen.

**2. April**

Volker Rühe wird Bundesminister der Verteidigung.

**9. April**

Die Bundeswehr entsendet weitere 140 Soldaten, darunter 30 Ärzte, zur medizinischen Betreuung von VN-Angehörigen nach Kambodscha.

**22. Mai**

Frankreich und Deutschland beschließen die Aufstellung eines europäischen Armeekorps.

**4. Juli**

Die erste „Transall C-160“ der Bundeswehr landet mit Hilfsgütern in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo.

**15. Juli**

Das Bundeskabinett beschließt, dass Deutschland sich mit Marinestreitkräften an den von der WEU und der NATO am 10. Juli festgelegten Maß-

nahmen beteiligen wird, mit denen die Einhaltung des von den VN gegen Serbien und Montenegro verhängten Embargos kontrolliert werden soll.

**3. August**

Deutschland beginnt mit der Verschrottung von circa 11.000 Waffensystemen entsprechend den Vereinbarungen des KSE-Vertrages.

**12. August**

Die Luftwaffe transportiert Medikamente und Hilfs-güter ins Bürgerkriegsland Somalia.

**4. September**

In Genf wird eine Konvention zur weltweiten Ächtung und Vernichtung chemischer Waffen beschlossen.

**2. Oktober**

Die ersten 20 ehemaligen NVA-Soldaten werden zu Berufssoldaten der Bundeswehr ernannt.

**19. November**

Generalinspekteur Klaus Naumann besucht Israel. Er spricht als erster ausländischer Gast an der Nationalen Verteidigungsakademie.

**30. November**

In Anwesenheit von Verteidigungsminister Volker Rühe und des mecklenburg-vorpommerschen Ministerpräsidenten Bernd Seite wird der Grundstein für ein neues Ausbildungszentrum der Marine in Stralsund gelegt.

**15. Dezember**

Verteidigungsminister Rühe gibt die Bundeswehr-Planungen bis 2006 bekannt, darunter die Auf-stellung von 50.000 Mann starken Krisenreak-tionskräften (KRK).

# Die zivile Bundeswehrverwaltung und ihre Aufgaben

Die Bundeswehr ist nach dem Grundgesetz (GG) unterteilt zum einen in die Streitkräfte als Instrument der militärischen Verteidigung (Art. 87a, Abs.1 GG), zum anderen in die von den Streitkräften unabhängige zivile Bundeswehrverwaltung (Art. 87b, Abs.1 GG). Daneben gibt es die Militärseelsorge und die Rechtspflege.



> Personalcomputer und ihre Software im Test

Die Wehrverwaltung deckt den Personal- und Materialbedarf der Streitkräfte, ist zuständig für die Infrastruktur, den Umweltschutz sowie die Arbeitssicherheit in der Bundeswehr.

Wie das Militär, so untersteht auch die Bundeswehrverwaltung dem Bundesminister der Verteidigung. Seit dem 2. September 1993 befindet sich sein Berliner Dienstsitz im traditionswürdigen Bendler-Block. Dort befand sich am 20. Juli 1944 die Zentrale der militärischen Widerstandsbewegung um den Grafen Claus Schenk von Stauffenberg gegen Adolf Hitler.

Nach der Wiedervereinigung hatte am 3. Oktober 1990 die „Außenstelle des Bundesministeriums der Verteidigung“ in Strausberg bei Berlin den Aufbau der Wehrverwaltung in den neuen Bundesländern übernommen. In Strausberg wurde für den Gesamtbereich der fünf neuen Bundesländer, einschließlich Berlin, unter Nutzung der Infrastruktur des

dortigen ehemaligen Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung die Wehrbereichsverwaltung VII aufgebaut. Da es in der NVA keine vergleichbare zivile Verwaltung gab, bedeutete dies die Schaffung einer neuen Organisation mit den vielfältigen Aufgaben, wie sie bereits in den westlichen Bundesländern existierte. Die nachgeordneten Standortverwaltungen (STOV) wurden durch den Umbau der ehemals militärisch besetzten Wehrbezirkskommandos der NVA gebildet. Von den am 3. Oktober 1990 von der ehemaligen NVA übernommenen Zivilbeschäftigten sind heute noch rund 20.400 in der Bundeswehrverwaltung beschäftigt – davon etwa 2.600 Beamte, 7.400 Angestellte und 10.000 Arbeiter.

Der Rüstungsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) hatte das Beschaffungsamt der NVA in Berlin zunächst übernommen und betrieb es mit circa 400 Bediensteten als Außenstelle des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB). Dringliche Aufgabe war hier die Abwicklung der noch vom ehemaligen Minister Eppelmann stornierten Beschaffungsverträge der einstigen NVA. Daneben sollte diese Außenstelle des BWB die Streitkräfte und die Wehrverwaltung im Osten Deutschlands bei der dezentralen Beschaffung unterstützen.

Die Übernahme vorhandener Infrastruktur richtete sich nach den Kriterien, welche Standorte bestehen bleiben sollten (auch im Hinblick auf die Reduzierungsverpflichtungen gemäß dem KSE-Vertrag), wie der bauliche Zustand und die Sanierungsbedürftigkeit war, ob die Umweltschutzbestimmungen erfüllt wurden und welche Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten sich boten. Für einige technische und logistische Truppenteile fehlte allerdings die geeignete Infrastruktur, da die NVA keine Technischen Bereiche für die Verbände und selbständige Einheiten im Sinne der westdeutschen Streitkräfte kannte. Wenn auch die weiter zu nutzende Infrastruktur auf westdeutsche Standards





> Ausrüstung der Soldaten in der STOV in Dresden

umgerüstet werden musste, waren die Truppenübungsplätze und eine große Anzahl von Ausbildungseinrichtungen in einem guten Zustand. Bei anderen Stationierungsobjekten mit Umweltbelastungen und sonstigen Altlasten waren, soweit die Kosten von Neubauten nicht überstiegen wurden, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Darüber hinaus wurden erhebliche Flächen zur nicht-militärischen Nutzung frei gesetzt. So wurden verschiedenste Bauobjekte der Bundesvermögensverwaltung zur weiteren Vergabe an interessierte Gebietskörperschaften, Unternehmen und gemeinnützige Einrichtungen übertragen worden. Von den rund 2.300 militärischen Liegenschaften aller Art, von denen circa 400 dauernd für die Bundeswehr genutzt werden. Die Ausstattung der ehemaligen NVA enthielt Wehrmaterial, welches zu einem gewissen Teil auch weiter verwendet werden konnte. Für eine Übernahme mussten Kriterien wie Betriebssicherheit, Bedarf, technischer Zustand, Ersatzteilversorgung, Wirtschaftlichkeit usw. erfüllt werden. Die Überprüfungen wurden von den Ämtern der Teilstreitkräfte sowie durch Fachleute des BWB durchgeführt, ohne deren Feststellung der Funktions- und Betriebssicherheit kein Gerät der NVA in der Bundeswehr weiter genutzt werden durfte.

Die Bundeswehr beteiligte sich am Gesamtprogramm der Bundesregierung zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Deutschland. So wurde jährlich rund eine Milliarde DM in die Infrastruktur der neuen Bundesländer investiert. Hierzu zählen unter anderem die Neubauten der

Offizierschule des Heeres in Dresden, der Marine-technischschule in Parow, der Bundeswehrkrankenhäuser in Berlin und Leipzig, des Gefechtsübungszentrums auf dem Truppenübungsplatz Altmark und der Flugplatz in Laage. Diese Investitionen haben eine erhebliche Bedeutung für die Wirtschaft. Denn die Auftragsvergaben erfolgen überwiegend an mittelständische Unternehmen im regionalen Einzugsbereich. Weit mehr als die Hälfte aller Bauvorhaben wurde in strukturschwachen Gebieten durchgeführt.

Um den Firmen in den neuen Bundesländern die Startschwierigkeiten zu erleichtern und den Zugang zu den Märkten im Westen zu öffnen, hatte die Bundesregierung Ausnahmeregelungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie Richtlinien für die bevorzugte Berücksichtigung von kleinen und mittleren Unternehmen in Handwerk, Handel und Industrie erlassen. Diese räumten den Firmen aus den neuen Bundesländern eine bevorzugte Beteiligung am Wettbewerb sowie unter bestimmten Voraussetzungen Mehrpreise ein.



> Lehrlingsausbildung bei einem Jagdbombergeschwader

Parallel zu den Streitkräften wurde die Bundeswehrverwaltung seit 1991 in Organisation und Struktur gestrafft. Sie ist unterteilt in die Territoriale Wehrverwaltung und in die Hauptabteilung Rüstung des BMVg.

Die Territoriale Wehrverwaltung wurde mit der Übertragung von Aufgaben aus dem Ministerium hin zu dem Bundesamt für Wehrverwaltung und den sieben Wehrbereichsverwaltungen erheblich gestärkt.

**3. Januar**

Unterzeichnung des START II-Vertrages (Strategic Arms Reduction Treaty) in Moskau.

**6. Februar**

Eine deutsche „Transall“ wird auf einem Hilfsflug nach Sarajevo beschossen. Der Lademeister wird schwer verwundet. Verteidigungsminister Volker Rühle lässt die Hilfsflüge bis zum 10. Februar aussetzen.

**26. März**

Übergabe der neuen Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) 10/1 „Innere Führung“.

**29. März**

Eine deutsche „Transall“ wirft gemeinsam mit zwei amerikanischen und einer französischen Maschine erstmals Hilfsgüter über den ostbosnischen Städten Srebrenica und Zepa ab.

**14. April**

Verteidigungsminister Volker Rühle unterzeichnet gemeinsam mit seinem russischen Amtskollegen Pawel Gratschow in Moskau ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit.

**21. April**

Das Bundeskabinett beschließt die Unterstützung der VN in Somalia durch die Entsendung eines verstärkten Nachschub- und Transportbataillons. Die ersten 21 Mann des Vorkommandos landen am 16. Mai in Belet Huen.

**22. April**

Verteidigungsminister Volker Rühle und US-Botschafter Robert Kimmitt stellen zwei deutsch-amerikanische Korps in Dienst.

**2. Juli**

Der Bundestag billigt den Einsatz von Bundeswehrsoldaten bei der VN-Friedensmission in Somalia.

**13. Juli**

Nach 42 Jahren Stationierung in Deutschland verabschiedet die Bundeswehr ihre kanadischen Alliierten mit einem Großen Zapfenstreich.

**27. August**

Abzug des II. Französischen Korps aus Deutschland.

**2. September**

Der Verteidigungsminister bezieht seinen zweiten Dienstsitz in Berlin im Bendler-Block.

**5. November**

Mit einem feierlichen Appell wird in Straßburg das Eurokorps in Anwesenheit der Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs und Belgiens in Dienst gestellt.

**12. November**

Beendigung der deutschen Beteiligung am VN-Einsatz in Kambodscha mit Rückkehr der letzten deutschen Soldaten.

**20. Dezember**

Das Bundeskabinett beschließt, den deutschen VN-Einsatz in Somalia bis Ende März 1994 zu beenden.



> Verpflegung in der Truppenküche in Dresden

## Die neue Struktur der Bundeswehr



> Feierliches Gelöbnis in Leer

Am 8. Juli 1994 verabschiedete das Bundeskabinett die „Konzeptionellen Leitlinien zur Bundeswehrplanung“: Reduzierung des Friedensumfangs auf 335.000 aktive Soldaten und 3.000 Wehrübungsplätze; 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten, davon 38.000 Offiziere, 122.000 Unteroffiziere und 40.000 Mannschaften als Soldaten auf Zeit, ferner 135.000 Wehrpflichtige. Des Weiteren Festlegung der Krisenreaktionskräfte auf 50.000 Soldaten (15% der Streitkräfte); mittelfristiger Verteidigungshaushalt bei 47,5 Mrd. DM plus 0,4 Mrd. DM für Personalverstärkung; zehnmonatiger Grundwehrdienst mit anschließender zweimonatiger Verfügungsbereitschaft beziehungsweise freiwilliger zwölfmonatiger Grundwehrdienst in den Krisenreaktionskräften.

Damit wurde eine weitere Umfangreduzierung vorgenommen, noch bevor die Zielgröße aus dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ von 370.000 Mann erreicht war.

Diese Bundeswehrplanung war möglich geworden, da es im Verlauf der politischen Veränderungen in Europa seit 1989 zu einem massiven Abbau beziehungsweise einer weitgehenden Umstrukturierung von Streitkräften innerhalb und außerhalb der NATO gekommen war.

Ferner verließ die ehemalige Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte bis Ende August 1994 ihre Standorte in den neuen Bundesländern; während die NATO-Truppenteile viele ihrer bisherigen Garnisonen aufgaben.

Dies war ebenfalls Bestandteil des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ gewesen. Auch in diesem Zusammenhang zeigten sich die Veränderungen, die mit der deutschen Vereinigung einhergingen. Am augenscheinlichsten wurden sie in der alten und neuen Hauptstadt Deutschlands, in Berlin sichtbar: Die alte Reichshauptstadt war bei Kriegsende 1945 von der Sowjetarmee erobert und entsprechend den Beschlüssen der Alliierten in jeweils einen russischen, amerikanischen, britischen und französischen Sektor eingeteilt worden (Viermächtestatus). Der Alliierte Kontrollrat übernahm sodann die gemeinsame Verwaltung und Kontrolle der Stadt. Dessen Funktionsfähigkeit wurde mit Beginn des „Kalten Krieges“ gelähmt. Am Tag der Deutschen Einheit 1990 fiel der „Viermächtestatus“ von Berlin. Die Stadtkommandanten der ehemaligen vier Siegermächte übergaben ihre Funktion an den deutschen Standortkommandanten von Berlin. Freilich beeinträchtigte dies nicht die gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bundeswehr und ihren amerikanischen, britischen sowie französischen NATO-Partnern. Auch zu den russischen Truppen entwickelten sich bald gute, ungezwungene Kontakte. Letztendlich regelten die Vereinbarungen des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ den Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Berlin. Am 31. August 1994 meldete der Oberbefehlshaber der Westgruppe der russischen Truppen, Generaloberst Matwej Burlakow, die russischen Streitkräfte bei dem damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin ab. Er selbst verließ als letzter russischer Soldat deutschen Boden. Eine Woche danach, am 8. September 1994, wurden die drei Schutzmächte USA, Großbritannien und Frankreich aus der neuen Bundeshauptstadt Berlin mit einem großen Zapfenstreich vor dem Brandenburger Tor verabschiedet.

Mit dem Ende des „Kalten Krieges“ hatte sich die sicherheitspolitische Lage von Grund auf verändert. Am 31. März 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf. Drei seiner früheren Mitglieder – Polen, die Tschechische Republik und Ungarn – gehören mittlerweile dem westlichen Bündnis an, weitere bewerben sich um die Mitgliedschaft. Die Sowjetunion zerfiel Ende 1991 in 15 Nachfolgestaaten, von denen zwölf nur noch lose in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verbunden sind.

Folglich hat der sicherheitspolitische Umbruch die sicherheitspolitische sowie strategische Lage Deutschlands grundlegend verbessert. Zugleich aber muss Deutschland neue internationale Verantwortung übernehmen. Als moderner, leistungsfähiger Industriestaat mit weltweiten Verflechtungen steht Deutschland unter dem Einfluss vielfältiger politischer, sozioökonomischer und militärischer Strömungen. In seiner strategischen Mittellage in Europa, als Mitglied der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Nordatlantischen Allianz, der Europäischen Union und der Westeuropäischen Union ist Deutschland stets von strategischen Entwicklungen berührt und kann sich gegen Krisen und Instabilitäten nicht hermetisch abschotten. Daraus ergibt sich die Pflicht zur Mitgestaltung einer neuen Friedensordnung für Europa, verbunden mit Nordamerika und in Kooperation mit Russland.

Die Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung soll weiterhin den Frieden der NATO-Bündnispartner schützen, doch erweitert das neue Konzept die Aufgaben des Bündnisses um Krisenreaktionseinsätze im euroatlantischen Raum.

Im Rahmen dieser sicherheitspolitischen Zielsetzung muss die Bundeswehr künftig zwei Hauptfunktionen erfüllen. Sie muss zum einen fähig bleiben, Deutschland und seine Verbündeten im Falle eines Angriffs zu verteidigen, und sie muss zum anderen in der Lage sein, kurzfristig zusammen mit Verbündeten und Partnern zur Bewältigung internationaler Krisen und Konflikte beizutragen.

In diesem Zusammenhang wurden die Einsatzbereitschaft und Ausstattung der Bundeswehr der

Situation angepasst: Personal und Material wurden reduziert, gleichzeitig fand eine aufgabenorientierte Neugliederung der Bundeswehr statt.

Diese Neustrukturierung der Streitkräfte trug den sich teilweise gewandelten Aufgaben der Bundeswehr Rechnung. Die „Armee der Einheit“ sollte in die Lage versetzt werden, Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen (VN), den Partnern im Nordatlantikpakt (NATO), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europäischen Union (EU) bzw. Westeuropäischen Union (WEU) wahrzunehmen. In die Phase der Neustrukturierung der Streitkräfte fiel auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994, dass Kriseneinsätze der Bundeswehr für friedenserhaltende Maßnahmen jenseits der deutschen Grenzen und der Bündnisgrenzen rechtlich zulässig sind, sofern jeweils eine Mehrheit des Bundestages zustimmt. Daraufhin erfolgte die Gliederung der Bundeswehr in Hauptverteidigungskräfte (HVK), Krisenreaktionskräfte (KRK) und die Militärische Grundorganisation (MGO).



> August '94: Die russische Truppen verlassen Berlin

Der erweiterte Auftrag der Bundeswehr lautet wie folgt: Die Bundeswehr

- schützt Deutschland und seine Staatsbürger gegen politische Erpressung und äußere Gefahr
- fördert die militärische Stabilität und die Integration Europas
- verteidigt Deutschland und seine Verbündeten
- dient dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen
- hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen

Von Jahr zu Jahr trat die Krisen- und Konfliktreaktion stärker in den Vordergrund. Dennoch blieb die Verteidigung des Landes und des Bündnisses weiterhin die Hauptaufgabe. Augenscheinlich wurde dies zum Ausdruck gebracht mit dem militärischen Zeremoniell am 3. Februar 1995.



> Bundeskanzler Kohl und Präsident Jelzin verabschieden die russischen Truppen

In einem militärischen Zeremoniell wurde das IV. Korps in Potsdam der NATO unterstellt. Mit ihm wurden gleichfalls die anderen Truppenteile der Bundeswehr in den neuen Bundesländern in die Nordatlantische Allianz eingegliedert. Seit dem Jahreswechsel 1994/95 waren neben dem IV. Korps ein Jagdgeschwader, ein Flugabwehrraketengeschwader und zwei Radar-Führungsabteilungen der Luftwaffe sowie ein Schnellbootgeschwader der Marine der NATO assigniert. Die integrierte NATO-Luftverteidigung wurde auf ganz Deutschland ausgedehnt.

Mit dem IV. Korps in Potsdam verfügt das Heer seit 1995 nur noch über ein nationales Korps. Die übrigen Divisionen des Heeres unterstehen im Einsatz zusammen mit Divisionen anderer Nationen jeweils einem bi- oder multinationalen Korps.

Nicht zuletzt die grenznahe Lage des IV. Korps bewirkte, dass aber auch dieses nationale Korps von Beginn an gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den Streitkräften Polens und Tschechiens aufbaute. Bereits 1994 fanden gemeinsame Truppenübungen zwischen deutschen und polnischen Einheiten statt. So ist das IV. Korps im sicherheitspolitischen Rahmen der Nordatlantischen Allianz auf eine enge Zusammenarbeit mit den Armeen mittel- und osteuropäischer Staaten eingestellt.

Seit der NATO-Assignierung des IV. Korps und der überarbeiteten neuen Heeresstruktur 5 (N), hat der Kommandierende General des Korps zwei unmittelbare Vorgesetzte. Der eine ist der Commander-in-Chief Landforces Central Europe (LANDCENT) in Heidelberg; er ist für Einsatzoptionen und die darauf bezogenen Übungen verantwortlich. Der andere ist der Befehlshaber des 1994 neu geschaffenen Heeresführungskommandos in Koblenz; bei ihm sind auch die Aufgaben der früheren Territorialkommandos konzentriert worden. Damit entfielen für den Stab des IV. Korps (des früheren Korps und Territorialkommandos Ost) die Wahrnehmung nationaler, territorialer Aufgaben. Die so gestraffte Führungsorganisation war das Ergebnis der neuen Heeresstruktur 5 (N), die für viele der jungen Truppenteile nochmals eine erhebliche Umgliederung bedeutete, wenngleich die „Übergangstruktur Ost“ des Heeres in den neuen Bundesländern der ursprünglich geplanten „Heeresstruktur 5“ bereits sehr nahe gekommen war.

Das deutsche IV. Korps ist weiterhin verantwortlich für die truppendienstliche, taktisch, operative Führung der ihm unterstehenden Heerestruppenteile, wozu inzwischen auch solche im Westen (in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen) gehören. Dem Korps unterstanden zum Jahreswechsel 1994/95 das Wehrbereichskom-



> Großer Zapfenstreich für die Alliierten

mando VII/13. Panzergrenadierdivision sowie das Wehrbereichskommando VIII/14. Panzergrenadierdivision und besaß somit in seiner Friedensgliederung eine Stärke von rund 45.000 Soldaten und rund 6.400 zivile Mitarbeiter.

Seinen Sitz hat der Stab des der einzig verbliebene „rein nationale Großverband des Heeres“ in der Kaserne Wildpark-West, die am 15. Juli 1992 in Gedenken an den militärischen Widerstand gegen Adolf Hitler in Henning-von-Tresckow-Kaserne umbenannt worden war. Neben den alljährlich stattfindenden Gedenkfeierlichkeiten zum militärischen Widerstand des 20. Juli 1944, gestaltet das IV. Korps auch Veranstaltungen mit eingeladenen Vertretern aus Wirtschaft, Kultur und Politik. Zahlreiche hochrangige Besuche aus dem In- und Ausland brachten immer wieder Höhepunkte in den Alltag des Korps und der unterstellten Einheiten. Staatsmänner und Politiker aus über 20 Nationen konnten begrüßt werden. Führende Militärs aus allen Erdteilen ergänzten dieses Bild ebenso wie

die vielen Patenschaften und Kontakte zu den Truppenteilen befreundeter Armeen der Nachbarländer.

Mit der NATO-Assignierung nimmt das IV. Korps seit 1995 auch an Übungen teil, die von NATO-Kommandobehörden geleitet werden. Das Korps half so in den letzten Jahren die nordatlantische Orientierung in den östlichen Bundesländern zu festigen.

Ihre erlernten Fähigkeiten stellten die Korpstruppen sowohl bei Einsätzen im Rahmen von VN-Missionen unter Beweis als auch während des Katastropheneinsatzes gegen die Oderflut im Sommer 1997.

**9. Februar**

Der NATO-Rat stellt den Krieg führenden Parteien in Bosnien-Herzegowina ein zehntägiges Ultimatum. Innerhalb der Frist müssen alle schweren Waffen aus einer Zone von 20 km rund um das Zentrum von Sarajevo abgezogen sein, andernfalls droht die NATO mit Luftangriffen gegen die Stellungen.

**28. Februar**

Die letzten deutschen Soldaten verlassen Somalia.

**12. Mai**

Die Verteidigungsminister Deutschlands, Polens und Dänemarks beschließen gemeinsame Übungen ihrer Streitkräfte.

**6. Juni**

Schweden und Deutschland vereinbaren eine umfassende rüstungspolitische Zusammenarbeit.

**9. Juni**

Die Akademie für Information und Kommunikation (AIK), ist in Strausberg bei Berlin nach ihrem Umzug in die neuen Bundesländer wieder eröffnet worden.

**8. Juli**

Das Bundeskabinett verabschiedet die konzeptionellen Leitlinien zur Bundeswehrplanung.

**12. Juli**

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass deutsche Soldaten ohne Einschränkung an internationalen VN-Friedensmissionen außerhalb des Bündnisgebietes der NATO teilnehmen können. Auch Kampfeinsätze sind dabei nach dem Grundgesetz zulässig. Voraussetzung ist die Zustimmung des Bundestages in jedem einzelnen Fall mit einfacher Mehrheit. Damit werden Verfassungsklagen gegen die Bundeswehreinsätze im Bereich des ehemaligen Jugoslawien und in Somalia abgewiesen.

**14. Juli**

Bundeswehrsoldaten des Eurokorps nehmen an der traditionellen Militärparade am französischen Nationalfeiertag auf den Champs Elysées in Paris teil.

**31. August**

Die letzten russischen Truppen verlassen Deutschland.

**8. September**

Die Truppen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten werden mit militärischen Ehren feierlich aus Berlin verabschiedet.

**1. Oktober**

Dem Heeresführungskommando in Koblenz, unter Befehl von Generalleutnant Dr. Klaus Reinhardt, werden die Großverbände der deutschen Landstreitkräfte unterstellt. Es ist zugleich Ansprechstelle der Bündnispartner für Unterstützungsleistungen.

**12. Dezember**

General Klaus Naumann wird von den Stabschefs aller NATO-Mitgliedstaaten zum künftigen Vorsitzenden des Militärausschusses gewählt.

## Bundeswehr und Umweltschutz

Im Oktober 1990 übernahm die Bundeswehr circa 2.350 Liegenschaften der ehemaligen NVA und der Grenztruppen mit insgesamt circa 277.000 ha. Gleichzeitig übernahm die Bundeswehr die zum Teil dort befindlichen Altlasten, so dass ein umfangreiches „ökologisches Aufbauprogramm“ notwendig wurde. Sämtliche Altlasten und Verdachtsstandorte wurden ermittelt und erstbewertet. Ein besonderes Problem stellten in der Anfangsphase die in den Liegenschaften der ehemaligen NVA in großem Umfang vorgefundenen Gefahrstoffe dar: explosiver Raketentreibstoff, Altfarben, Lacke, Fette, Lösungsmittel und Chemikalien. Diese Stoffe bildeten insbesondere wegen des Zustandes ihrer Behältnisse sowie ihrer schlechten Lagerungsbedingungen eine Gefahr für Mensch und Natur. Eine unverzügliche Entsorgung war unumgänglich. Die Beseitigung dieser Gefahrstoffe mit einem Umfang von circa 48.000 t hatte Kosten in Höhe von circa 185 Mio. DM verursacht und konnte Ende 1995 erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichfalls wurden bis 1995 auf einer Gesamtlänge von 1.477,7 km alle ehemaligen

Grenzbefestigungsanlagen abgebaut und auf 347,7 km eine Minennachsorge beziehungsweise Minenräumung durchgeführt. Eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten im Bereich von Bundeswehr und Industrie war die umweltverträgliche Entsorgung nicht mehr benötigten Wehrmaterials einschließlich der großen Menge an Munition.

Diese Hauptaufgaben galt es in enger Verbindung mit einer umfassenden Sanierung und Erneuerung der gesamten Infrastruktur in den weiter genutzten Liegenschaften zügig umzusetzen. Potenziell umweltgefährdende Infrastrukturanlagen wie Heizungs- und Kläranlagen, Tankstellen, Ver- und Entsorgungssysteme wurden abgebaut, saniert oder neu erstellt. Weiterhin waren dringend erforderliche Maßnahmen für den Arbeits- und Betriebsschutz, den Brandschutz und den Strahlenschutz zu realisieren. Nicht mehr benötigte Immobilien wurden nach Beseitigung von Gefahrenquellen zur weiteren Verwertung dem Allgemeinen Grundvermögen zugeführt.



> Naturschutz auch bei der Bundeswehr wichtig





> Der Truppenübungsplatz Kliez

Mit der Beseitigung der Altlasten wurde ein praktischer Umwelt- und Naturschutz realisiert.

Natürlich belastet der tägliche Dienstbetrieb der Bundeswehr die Umwelt ebenso wie andere staatliche und private Großunternehmen.

Doch Umweltschutz und Landesverteidigung schließen sich nicht aus. Beide besitzen einen „Schutzauftrag“: den Schutz der Umwelt und den Schutz des Landes. Dabei bezieht die Verteidigung des Landes den Schutz der Umwelt mit ein. Um ihren Auftrag erfüllen zu können, müssen die Streitkräfte üben. Aus den der Truppe gesetzlich zugestandenem Möglichkeit, Übungen und Manöver abzuhalten, ergibt sich, dass die mit diesen Übungen im zugestandenem Rahmen unvermeidbar auftretenden Umweltbelastungen hinzunehmen sind.

Dennoch strebt die Bundeswehr an, Belastungen und Schäden zu minimieren. Folglich ist jeder Vorgesetzte verpflichtet, eine Güterabwägung zwischen dem Erreichen des Übungszieles und dem Schutz der Umwelt vorzunehmen: „Militärisches Handeln

erfordert oft eine Abwägung zwischen verschiedenen Rechtsgütern. Der Schutz von Leben und Gesundheit der Soldaten und Dritter und der Schutz der Umwelt haben im Frieden Vorrang. Dies ist bei der Festlegung von Ausbildungszielen und der Ausbildung zu beachten. Im Einsatz gilt bei der Erfüllung des Auftrages der Grundsatz größtmöglicher Schadensbegrenzung.“ (Zentrale Dienstvorschrift 10/1 „Innere Führung“)



> Minenabbau an der ehemaligen innerdeutschen Grenze

**5. Januar**

Der Sitz des Standortkommandanten von Berlin wird in „Julius-Leber-Kaserne“ umbenannt.

**22. Januar – 4. Februar**

Bei Hochwasserkatastrophen an Rhein, Mosel, Nahe, Main und weiteren Flüssen in Deutschland leisten über 6.300 Soldaten der Bundeswehr zusammen mit 600 französischen und 200 amerikanischen Kameraden tatkräftige Hilfe.

**3. Februar**

Die Eingliederung der Truppenteile der Bundeswehr in den neuen Ländern in die Nordatlantische Allianz ist vollzogen, die integrierte NATO-Luftverteidigung auf ganz Deutschland ausgedehnt. Seit dem 1. Januar 1995 sind damit das IV. Korps in Potsdam mit 2 Divisionen und 6 Brigaden des Heeres, ein Jagdgeschwader, ein Flugabwehr-raketengeschwader und zwei Radar-Führungs-abteilungen der Luftwaffe sowie ein Schnellboot-geschwader der Marine der NATO assigniert.

**30. März**

Claire Marienfeld löst den bisherigen Wehrbeauftragten des Bundestages Alfred Biehle im Amt ab.

**9. Mai**

40. Jahrestag der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO.

**26. Juni**

Bundesverteidigungsminister Volker Rühle und Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf führen die ersten Spatenstiche zum Neubau der Offizierschule des Heeres in Dresden.

**30. Juni**

Der Deutsche Bundestag stimmt dem Kabinettsbeschluss zum Einsatz deutscher Streitkräfte zum Schutz und zur Unterstützung des multinationalen Einsatzverbandes in Bosnien zu.

**25. Juni**

100 Soldaten eines deutschen Sanitäts-Kontingents in Split bauen mit französischen Kameraden ein Feldlazarett auf.

**30. August**

Deutsch-Niederländisches Korps in Münster in Dienst gestellt.

## Krisenbewältigung im Frieden

Beispiel: Das Bundeswehrrkontingent bei IFOR und SFOR in Bosnien

Nach Einigung der Konfliktparteien im früheren Jugoslawien auf eine friedliche Lösung ihres mehr als drei Jahre andauernden Krieges und nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes, war im Herbst 1995 der Abschluss einer Friedensvereinbarung für Bosnien und Herzegowina möglich geworden.



> Bundesminister Scharping bei der SFOR-Truppe in Bosnien-Herzegowina

Für die Implementierung dieser Vereinbarungen auf der Grundlage des Mandats der Vereinten Nationen erklärte sich die NATO bereit, Kräfte für eine multinationale Friedenstruppe zu stellen.

Der Deutsche Bundestag billigte am 6. Dezember 1995 mit großer Mehrheit die Beteiligung deutscher Soldaten an der von der NATO geführten Operation zur Unterstützung und Durchsetzung der Friedensvereinbarungen im früheren Jugoslawien. Damit war die rechtliche Grundlage für einen Einsatz geschaffen, der gemessen an den bisherigen internationalen Missionen der deutschen Streitkräfte nach Art und Umfang eine neue Dimension bedeutete. Das Bundesverfassungsgericht hatte am 12. Juli 1994 entschieden, dass deutsche Soldaten ohne Einschränkung an internationalen VN-Friedensmissionen außerhalb des Bündnisgebietes der NATO teilnehmen können. Auch Kampfeinsätze sind dabei nach dem Grundgesetz zulässig. Voraussetzung ist die Zustimmung des Bundestages in jedem einzelnen Fall mit einfacher Mehrheit.

Das Bundeswehrrkontingent war Teil der multinationalen Friedenstruppe, die zunächst als IFOR (Peace Implementation Force) mit rund 60.000 Soldaten und dann als SFOR (Stabilization Force) in der ersten Phase mit rund 36.000 Soldaten die Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton garantierten. Das Ziel war und ist es auch weiterhin, durch die Konsolidierung von Frieden in Bosnien und Herzegowina, Sicherheit und Ordnung baldmöglichst eine sich selbst tragende Stabilität in der Region zu erreichen, um allen Einwohnern Bosniens ein friedliches Leben und den bosnischen Kriegsflüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Ende 1999 erlaubte die Lage in Bosnien und Herzegowina die Entscheidung zu einer weiteren Reduzierung der SFOR-Stärke. Derzeit befindet sich die SFOR-Operation im Übergang zu einer Größenordnung von circa 20.000 Soldaten. Mit dieser Stärke soll weiterhin die Rückkehr zu Feindseligkeiten der ehemaligen Kriegsparteien verhindert werden. Die zunächst umfangreiche Unterstützung der zivilen Umsetzung des Dayton-Abkommens wurde im Laufe der vergangenen Jahre in dem Maß reduziert, wie es die Lage erlaubte. Die Träger der zivilen Implementierung und die lokalen Institutionen müssen das durch SFOR garantierte sichere Umfeld verstärkt nutzen und schrittweise mehr Verantwortung übernehmen und den weiteren Weg zur Normalität eigenständig beschreiten. Aber immer noch ist der Friedensprozess zerbrechlich. Es konnte bisher keine selbst tragende Stabilität erreicht werden, die es erlauben würde, auf eine militärische Absicherung des Friedensprozesses zu verzichten. Hilfe von außen ist deshalb weiterhin notwendig.

Das Mandat des Deutschen Bundestags für SFOR sieht den Einsatz von bis zu 3.000 Soldaten vor. Der derzeitige Umfang des deutschen Gesamtkontingents liegt bei etwa 2.400 Soldaten. Das deutsche Heereskontingent in Bosnien und Herzegowina mit rund 1.900 Soldaten wird weiterhin im Bereich der Multinationalen Division Südost eingesetzt.



> Einsatz zur Reintegration bosnischer Kriegsflüchtlinge

Es umfasst im Kern Panzeraufklärer und Infanterie sowie Führungs-, Aufklärungs- und Sicherungskräfte, einen Sanitätseinsatzverband und Anteile zur Einsatzunterstützung. Dazu kommen weitere 220 Soldaten, die im Hauptquartier SFOR in Sarajewo Dienst verrichten.

Die Aufgabe des deutschen SFOR-Kontingentes besteht in der weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien. Dies beinhaltet die Abschreckung erneuter Feindseligkeiten, den Schutz internationaler Organisationen, die Überwachung der Rüstungskontrollabkommen und die Unterstützung für die zivile Implementierung.

Neben den alltäglichen routinemäßigen Aufgaben nutzt das deutsche SFOR-Heereskontingent die Zeit im Einsatzland mit vielfältigen Mitteln, um dazu beizutragen, dass ein „Umdenken“ hin zu einem friedlichen Zusammenleben der Volksgruppen vorangebracht wird.

Mit der Entscheidung zur Reduzierung der SFOR-Stärke im Dezember 1999 – vier Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton – ist die militärische Operation zur Sicherung des Friedens in Bosnien und Herzegowina in ihre nächste Phase getreten.



> Deutsche IFOR-Soldaten helfen beim Wiederaufbau

Seitdem die Waffen in Bosnien schweigen ist der Wiederaufbau von zerstörten Häusern und Straßen zu einem zentralen Anliegen der SFOR-Truppe geworden. Unter deutscher Beteiligung leisten hier Soldaten Hilfe zur Selbsthilfe beim Wiederaufbau der Infrastruktur (Wohnraumsanierung, Wiederaufbau öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten, Straßen- und Kanalisationsbau, Wasserversorgung usw.). Das Konzept heißt CIMIC („Civil-Military Cooperation“ („Zivil-Militärische Zusammenarbeit für Flüchtlingsrückkehr und Wiederaufbau“)). Innerhalb der deutschen SFOR-Truppen in Bosnien leistet der CIMIC-Verband direkte Hilfe für die Zivilbevölkerung in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden. Die hieran direkt beteiligten mehr als 100 Soldaten schafften ein Klima des Vertrauens. Dieser Einsatz ist ein sichtbares Zeichen der intensiven Bemühungen Deutschlands bei der Wiederaufbauarbeit.



> Deutsche IFOR-Soldaten helfen beim Wiederaufbau

Die Luftwaffe setzt für SFOR und die übrigen Balkan-Operationen Aufklärungsflugzeuge vom Typ „Tornado“ ein und unterstützt mit Lufttransportkräften von Deutschland aus. Auch die Marine nimmt mit See- und Seeluftstreitkräften sowie Einheiten für die elektronische Aufklärung an den Operationen teil.

Die Bundeswehr beteiligte sich in den vergangenen Jahren nicht nur an den internationalen Einsätzen in Bosnien und Herzegowina. Allgemein leistete die Bundeswehr seit 1960 medizinische, technische und logistische Unterstützung im Rahmen internationaler Hilfseinsätze und Friedensmissionen (über 120 Einsätze zwischen 1960 und 1999). Sanitäter versorgten vor Ort nicht nur Militär-angehörige, sondern kümmerten sich auch intensiv um die Bevölkerung. Pioniere legten Flüchtlingslager an, reparierten zerstörte Straßen, Brücken, Häuser und Schulen, entfernten Minen und Blindgänger und setzten die Frischwasserversorgung in stand.

Nach der Wiedervereinigung übernahm Deutschland mehr Verantwortung innerhalb der internationalen Gemeinschaft: So räumten deutsche Minensuchboote im Zuge des Golfkrieges 1991 Minen im Persischen Golf. Bundeswehrsanitäter unterhielten 1992/93 in Kambodscha ein Feldhospital, das ein VN-Kontingent und die Bevölkerung medizinisch betreute. Bundeswehruhubschrauber flogen von 1991 bis 1996 VN-Abrüstungsinspektoren zu ihren Kontrollmissionen in den Irak. Deutsche Zerstörer, Fregatten, Marineaufklärungsflugzeuge und -schiffe beteiligten sich von 1992 bis 1996 an der Überwachung des Handels- und Waffenembargos, das gegen das ehemalige Jugoslawien verhängt worden war. Luftwaffensoldaten verrichteten zusammen mit ihren NATO-Kameraden von 1993 bis 1995 in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen der NATO Dienst, die das Flugverbot im Luftraum über dem früheren Jugoslawien überwachten. Die Luftwaffe transportierte 1992 bis 1996 in nahezu 2.000 Flügen 13.000 Tonnen Hilfsgüter nach Bosnien und Herzegowina. Rund 1.800 Bundeswehrsoldaten waren 1992 bis 1994 in Somalia eingesetzt, um dort VN-Truppen logistisch zu unterstützen.

Jedoch erst seit dem klärenden Urteil des Bundesgerichtshofes von 1994 beteiligte sich die Bundeswehr ohne Einschränkung an internationalen VN-Friedensmissionen.



> Lob des Ministers für Einsatz bei Aufbauprojekten

### 9. Januar

Die seit 3. Juli 1992 bestehende Luftbrücke wird eingestellt, da Sarajewo wieder über dem Landweg erreichbar ist. In 1.412 Flügen haben die Transportflieger fast 11.000 Tonnen Hilfsgüter und 3.875 Personen befördert.

### 8. Februar

General Hartmut Bagger wird neuer Generalinspekteur der Bundeswehr.

### 19. Februar

Das deutsche Kontingent der IFOR für Bosnien-Herzegowina ist einsatzbereit. Zuvor hatte am 28. November 1995 der Deutsche Bundestag einer deutschen Beteiligung zugestimmt.

### 21. Juli

Nach vier Jahren endet die Operation „SHARP GUARD“ zur Überwachung Handelsembargo der Vereinten Nationen gegen Ex-Jugoslawien. Es war der bisher längste Einsatz der Deutschen Marine.

### 8. November

Generalmajor Frühhaber übernimmt in Zagreb Kommando über C-SPT (Commander Support). Deutsch-polnische Übung „Brückenschlag 96“.



> Minenräumpfahrgestell bei Mostar

## Deichverteidigung nach militärischen Grundsätzen

Katastrophenhilfe ist seit jeher Bestandteil des Auftrags der Bundeswehr. Die Hochwasserkatastrophe an der Oder im Sommer 1997 erwies jedoch erstmals als eine harte Bewährungsprobe für die „Armee der Einheit“.



> Die Armee der Einheit im Katastropheneinsatz

Ausgelöst durch Dauerregen über dem Riesengebirge und den Karpaten, überschwemmten die dortigen Flüsse binnen kürzester Zeit Gebiete Südpolens und Tschechiens. Am 17. Juli erreichte die Flutwelle auf der Oder auch Brandenburg, so dass Katastrophenalarm gegeben wurde. Fünf Tage später mussten 2.000 Menschen aus der Ziltendorfer Niederung evakuiert werden. Zwar bemühten sich Bundeswehr, Feuerwehr, Polizei, Bundesgrenzschutz und Technisches Hilfswerk die brüchigen Deiche in der Region zu stabilisieren, doch brach am 23. Juli südlich Frankfurt/Oder der Deich. Bis zu 6.000 ha wurden überflutet. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehr als 8.300 Bundeswehrsoldaten unter Brigadegeneral Klaus Wittig mit 38 Hubschraubern, Lkw, Pionierpanzern und Booten bei der Deichbefestigung und der Evakuierung im Einsatz. Nach neuen Deichbrüchen am 24. Juli bei Aurith und am 26. Juli in der Ziltendorfer Niederung, erreichte der Pegel in Frankfurt den Rekordstand von 6,57 m. Nun sah sich der Krisenstab in

Bad Freienwalde gezwungen, Vorbereitungen für die Evakuierung der 20.000 Bewohner des Oderbruchs zu treffen.

TORNADO-Kampfflugzeuge der Luftwaffe starteten zur optischen Aufklärung über dem Hochwassergebiet. Das Marine-Überwachungsflugzeug DO 228, das sonst Ölsünder in Nord- und Ostsee aufspürt, wurde mit seinen Hightech-Sensoren eingesetzt, um durchweichte Deichstellen frühzeitig zu erkennen. Diese Schwachstellen konnten rechtzeitig ausgebessert und drohende Deichbrüche abgewendet werden.

In einem Wettlauf mit der Zeit verstärkten Soldaten aus den neuen und alten Bundesländern Hand in Hand mit zivilen Hilfskräften in den nächsten Tagen die Dämme im Oderbruch. So konnte in der Nacht zum 29. Juli der drohende Deichbruch bei Hohenwutzen verhindert werden. „Die Bundeswehr ist unsere Hauptstütze“, erklärte der damalige brandenburgische Innenminister Alwin Ziel. Mittlerweile standen 9.000 Bundeswehrsoldaten aller drei Teilstreitkräfte im Dauereinsatz, die nunmehr von Generalmajor Hans-Peter von Kirchbach geführt wurden.



> Oderhochwasser: erste harte Bewährungsprobe



Der 30. Juli war für die Helfer einer der kritischsten Tage seit Beginn der Flutkatastrophe. Es bestand noch einmal größte Gefahr für den Oderbruch. Am 1. August hatten bereits mehr als 8.000 Menschen ihre Häuser verlassen. Immer wieder zeigten sich neue Risse in den Schutzwällen. Wiederholt mussten Hilfskräfte stellenweise abgezogen werden, da die Lage zu gefährlich wurde, und Hilfe aus der Luft die einzige Möglichkeit war. Doch die Helfer wollten nicht aufgeben und es galt die freiwillige Devise: „deichen statt weichen“. Dann gelang es endlich, die Lage zu stabilisieren. Am 2. August bestand keine akute Deichbruchgefahr mehr, aber erst am 10. August sanken die Pegel. Das Engagement im brandenburgischen Hochwassergebiet wurde letztendlich belohnt: Die 162 km lange Uferlinie hielt den Wassermassen stand.

Die Bundeswehr hatte insgesamt 30.000 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, die Ist-Stärke vor Ort betrug zuletzt 15.000 Bundeswehrangehörige mit 40 Hubschraubern, 3.000 Radfahrzeugen, davon 2.500 Lkw, sowie Pioniergerät. 3.500 t Material wurden transportiert, darunter acht Millionen Sandsäcke. Das Jahrhunderthochwasser verursachte Schäden von über zwei Milliarden DM.

Die politische Dimension der Flut umriss der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe am 5. August 1997 vor dem Bundestag: „An den Deichen der Oder hat die deutsche Nation im Jahre sieben der Einheit ihre Bewährungsprobe bestanden.“

Die „Armee der Einheit“ kämpfte allerdings nicht nur an der Oder, sondern ebenso gegen Hochwasserkatastrophen am Rhein. Hier ist besonders der Bundeswehreinsatz während des „Jahrhunderthochwassers“ von 1995 zu erwähnen.

Ebenso wirksam hilft die Bundeswehr täglich mit ihrem Such- und Rettungsdienst (SAR). Er kommt zu über 90 Prozent der zivilen Bevölkerung zugute. 1997 leistete er 11.183-mal in Notfällen Hilfe und rettete Menschenleben.

Doch auch außerhalb des Bundesgebietes hat die Bundeswehr bislang zahlreiche Hilfs- und Katastropheneinsätze durchgeführt.

So transportierte sie während des strengen Winters 1990/91 Lebensmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter nach Russland. Ebenfalls flog sie 1991 humanitäre Hilfsgüter zu Not leidenden Kurden in den Iran. Des Öfteren versuchten die Piloten und Ärzteteams der Bundeswehr die Folgen der Hungerkatastrophen in Afrika durch Hilfslieferungen und medizinische Betreuung zu lindern.

Beispielsweise ging in Afrika der letzte Hilfseinsatz der „Armee der Einheit“ zusammen mit zivilen Hilfsorganisationen im April 2000 zu Ende. Nach sintflutartigen Regenfällen waren im Frühjahr dort weite Teile Mosambiks überschwemmt worden.



› Soldaten bei sanitätsärztlicher Versorgung von Soldaten

An den gestarteten internationalen Hilfsmaßnahmen beteiligte sich die Bundesregierung mit der Verlegung von vier Hubschraubern der Bundesluftwaffe, drei Hubschraubern des Bundesgrenzschutzes und zwei Transportflugzeugen sowie zwei mobilen Sanitätsstationen nach Mosambik.

Mit 498 Einsatzflügen der zwei Transportflugzeuge und der Hubschrauber wurden rund 1.500 Personen sowie 567 t Hilfsgüter transportiert. In den beiden Sanitätsstationen konnten über 2.600 Patienten behandelt werden.





>Deichverteidigung bei Flutwelle im Oderbruch

#### 14. März

Die Bundeswehr unternimmt die Luft-Evakuierung deutscher Staatsbürger sowie Staatsangehöriger anderer Nationen, die sich in der Obhut des deutschen Konsulates in Tirana befinden, da ein Transfer von Tirana über den Landweg nicht mehr möglich ist. Am Nachmittag werden alle zu Evakuierenden sowie die deutschen Sicherungskräfte mit Hubschraubern der Heeresflieger von Tirana nach Montenegro ausgeflogen.

#### 6. Mai

Erstes Treffen der Verteidigungsminister Deutschlands, Polens und Dänemarks in Skagen/Dänemark.

#### 18. Juni

Die „Armee der Einheit“ kämpft zusammen mit Hilfsorganisationen und der Bevölkerung im Oderbruch gegen die Flutkatastrophe.

#### 18.–25. August

Deutsch-polnische bilaterale Übung „Lausitzer Brücke“.

#### 28. Oktober

Verteidigungsminister Deutschlands, Dänemarks und Polens besiegeln trinationale Heerespartnerschaft.

#### 11. November

Abschluss der Verwertung von Rüstungsmaterial der ehemaligen NVA.

#### 24. November

Viertes Kontingent ECONSTFOR(L) verlegt ins Einsatzland.

## „Partnerschaft für den Frieden“

### Die Bundeswehr in bi- oder multinationalen Brigaden und Korps

Zum Jahreswechsel 1997/1998 fand in Straßburg die turnusmäßige Fahnenübergabe beim multinationalen Eurokorps statt.

Das Kommando über das aus fünf Nationen bestehende Eurokorps übernahm der belgische Generalleutnant Leo van den Bosch von seinem Vorgänger, dem französischen Général de Corps d'Armée Pierre Forterre. Neuer erster stellvertretender Kommandierender General wurde der Spanier Manuel Olivier. Vor ihm hatte der deutsche Generalmajor Dr. Klaus Olshausen das Amt inne.

In Dienst gestellt wurde das Eurokorps am 5. November 1993 durch die Verteidigungsminister Belgiens, Deutschlands und Frankreichs nur fünf Tage nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages zur Europäischen Union (EU). Ein Datum mit Symbolkraft, das das Eurokorps bewusst in den Kreis der Europäischen Union stellt. Sein Hauptquartier erhielt es in Straßburg, der Stadt, die zugleich der Sitz des Europaparlaments ist.

Das Korps ist das erste einsatzfähige Armeekorps, das im Auftrag der West Europäischen Union (WEU) handeln kann. Es besitzt somit Modellcharakter für eine engere militärische Zusammenarbeit in der WEU und eine gemeinsame Verteidigung.

Seit 1998 besteht der multinationale Verband aus den Einheiten einer spanischen Division, einer belgischen mechanisierten Division mit einer integrierten luxemburgischen Aufklärungskompanie, einer französischen Division, der 10. deutschen Panzerdivision, einem französischen Fernmelde-regiment sowie der bereits im Frieden unterstellten Deutsch-Französischen Brigade.

Der multinationale Korpsstab, der mehr als 1.000 Soldaten (einschließlich Stabs- und Versorgungsbataillon) umfasst, kann heute im Einsatzfall über mehr als 50.000 Soldaten aus den fünf



► Indienststellung des Multinationalen Korps Nordost

Nationen verfügen, die mit moderner Artillerie, 650 Kampfpanzern sowie Luftabwehrsystemen ausgerüstet sind.

Die Kompatibilität von Waffen und Gerät stellt kein Problem dar, weil die nationalen Kontingente jeweils ihre Ausrüstung behalten. Eine Vereinheitlichung der Ausrüstung wird zukünftig durch die Entwicklung von gemeinsamen europäischen Rüstungsprojekten angestrebt.

Um der Multinationalität Rechnung zu tragen, wechseln sechs Schlüsselfunktionen im Stab alle zwei Jahre zwischen den beteiligten Nationen. Im Frieden unterstehen die Verbände des Eurokorps dem nationalen Kommando.

Das Eurokorps ist das erste Instrument eigenständiger westeuropäischer Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Europäischen Union.

Der Auftrag umfasst im Rahmen der WEU, NATO und der VN sowohl die Bündnisverteidigung als auch internationales Krisenmanagement wie die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens und humanitäre Aktionen, mit der Möglichkeit der Integration weitere Kräfte aus Nicht-Mitgliedstaaten des Eurokorps.



> PFP-Übung auf dem Truppenübungsplatz Biedrusko/Polen

Vorläufer des Eurokorps war zunächst die Deutsch-Französische Brigade als Kern einer eigenständigen europäischen militärischen Verteidigungsgemeinschaft.

Dieser Verband verdankt seine Entstehung der Initiative des ehemaligen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und des damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl im Jahr 1988. Die Brigade ist ein besonderes Zeichen der deutsch-französischen Zusammenarbeit und der Aussöhnung zwischen beiden Völkern. Beide Nationen stellen die gleiche Anzahl von Bataillonen und Brigadetruppen für Führung, Kampfunterstützung, Logistik und Sanitätsdienst. Die Leitung des rund 4.600 Mann starken Verbandes erfolgt im Wechsel. Der Brigadestab hat seinen Sitz im baden-württembergischen Mühlheim. Die Brigade ist nicht direkt der NATO, sondern dem Eurokorps unterstellt.

Mit dem Ende des „Kalten Krieges“ und der damit einhergehenden veränderten sicherheitspolitischen Situation, hat Europa eigene Gestaltungsmöglichkeiten wie nie zuvor. Im Vertrag von Maastricht vereinbarten die Staaten der EU 1993 unter anderem eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen soll. Als Teil der neuen Verteidigungsidentität der EU wird die europäische Verteidigungskomponente der WEU ausgebaut. Gleichwohl wird die NATO weiterhin für die Sicherheit und Stabilität in Europa unerlässlich bleiben. Denn es ist nicht beabsichtigt,

eine eigene Militärorganisation parallel zur NATO aufzubauen. Die WEU soll vielmehr zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO dienen und die Allianz ihrerseits stärken.

### Deutsch-Niederländisches Korps

Das Deutsch-Niederländische Korps ist aus dem ehemaligen deutschen I. Korps hervorgegangen, das ab Oktober 1994 umgegliedert wurde.

Die Anteile des seit dem 30. August 1995 einsatzbereiten bilateralen Korps bestehen aus niederländischen (eine Mechanisierte Division und ein Regiment Spezialtruppen) und deutschen Truppenteilen (eine Panzerdivision). In diesem bilateralen Korps findet die Zusammenarbeit bereits in Friedens- und nicht erst in Spannungs- oder Krisenzeiten beziehungsweise im Verteidigungsfall statt.

Als Sitz des Korps wurde Münster gewählt. Zum einen befand sich hier bereits das deutsche I. Korps. Zum anderen hatte Münster, die Stadt des westfälischen Friedens, schon einmal große Bedeutung für die Niederlande: Mit dem Friedensschluss von 1648 erhielten hier die Niederlande ihre Unabhängigkeit.

Insgesamt verfügt das Korps, an dem eine Beteiligung weiterer NATO-Partner möglich ist, über rund 39.000 Soldaten. Der gemeinsame Korpsstab ist der erste international besetzte Stab, der bereits im Frieden Führungsaufgaben gegenüber Truppen in der Größenordnung von Divisionen wahrnimmt. Damit unterscheidet sich das deutsch-niederländische Korps wesentlich von allen anderen bi- oder multinationalen Korps. Der Kommandierende General und sein Stellvertreter werden im Wechsel von beiden Nationen gestellt. Sie sind dann in Personalunion zugleich die jeweiligen nationalen Befehlshaber. Allerdings können nicht alle Führungsaufgaben binational wahrgenommen werden. Bestimmte Aufgaben bleiben aufgrund der unterschiedlichen Wehrverfassungen in nationaler Verantwortung. Insbesondere gilt dies für die Personalführung einschließlich Disziplinar- und Beschwerdeordnung, aber auch für Fragen der

Finanzen und im gewissen Umfang auch für die Logistik. Das Deutsch-Niederländische Korps ist als Teil der Hauptverteidigungskräfte (HVK) in die NATO-Kommandostruktur eingebunden. Die Truppenteile des Korps können auch zur Unterstützung von Einsätzen im Rahmen der VN oder zu Hilfe- und Rettungsaktionen herangezogen werden. Deutschland und die Niederlande können hierfür uneingeschränkt über ihre jeweiligen Truppenkontingente verfügen.

### **Das Deutsch-Amerikanische Korps und das Amerikanisch-Deutsche Korps**

Im Zuge der Multinationalisierung der NATO-Struktur ist das II. deutsche Korps nicht nur ein deutsch-amerikanischer Großverband geworden, sondern auch Truppenbereitsteller für andere Großverbände. Die Verteidigungsminister der USA und Deutschlands haben am 25. Februar 1993 in Washington die Bildung von zwei deutsch-amerikanischen Korps vereinbart. Die sicherheitspolitische Absicht, mit mindestens je einer Division in den multinationalen Korps im Bereich Mitteleuropa vertreten zu sein, bedeutet für zwei Divisionen des II. Korps einen bindend vorgeplanten Unterstellungswechsel unter ein anderes Korps. Im Gegenzug wird eine amerikanische Division aufgenommen. Das Deutsch-Amerikanische Korps in Ulm wurde am 22. April 1993 in Dienst gestellt. Im Einsatzfall unterstehen ihm eine amerikanische sowie die 1. deutsche Gebirgsdivision. Der Stab des Großverbandes hat seinen Sitz in Ulm, die Führung liegt in deutscher Hand. Dem Korps kommt die Planung und Führung multinationaler Operationen und das zeitgerechte Bereitstellen von Kräften zu. Das schließt das Bereithalten großer Teile der Krisenreaktionskräfte des Heeres mit ein. Konzipiert sind beide Korps als Teile der Hauptverteidigungskräfte der NATO.

### **Amerikanisch-Deutsches Korps**

Analog zum Deutsch-Amerikanischen Korps wurde gleichzeitig ein Amerikanisch-Deutsches Korps aufgestellt. Der Korpsstab hat seinen Sitz in Heidelberg, die Führung liegt in US-amerikanischer

Hand. Im Einsatzfall unterstehen ihm eine amerikanische sowie die 5. deutsche Panzerdivision.

Im Gegensatz zum Deutsch-Niederländischen Korps, wo Niederländer und Deutsche einen integrierten Korpsstab bilden, sind die beiden deutsch-amerikanischen Korps "Frame work-Corps" mit jeweils einer Führungsnation („lead nation“). Die Korpsstäbe bleiben im Prinzip national. Die Führung der unterstellten Divisionen wird jedoch durch den Austausch von Stabpersonal erleichtert.



> „Spessart '95“: deutsch/polnisches PFP-Manöver

### **Multinationales Korps Nordost**

Das dänisch-deutsch-polnische Heereskorps wurde am 18. September 1999 in Stettin in Dienst gestellt. Es ist aus dem deutsch-dänischen Korps (LANDJUT) hervorgegangen. Der Korpsstab gehört nicht zur NATO-Kommandostruktur, das Korps wird jedoch der NATO assigniert. Für Einsätze im Rahmen der Bündnisverteidigung ist vorgesehen, dem Korpsstab die 14. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr in Neubrandenburg, die dänische Jütland Division in Frederica sowie die 12. Mechanisierte Division der polnischen Streitkräfte in Stettin zu unterstellen.

Zur Führung des Korps wird eine teilaktive Führungsunterstützungsbrigade mit Fernmeldebataillonen aller drei Staaten aufgestellt. Das Korps wird im Wechsel entweder durch einen dänischen, deutschen oder polnischen General geführt.

Ebenso wechseln der Stellvertretende Kommandierende General und der Chef des Stabes zwischen den Nationen.



> Deutsch/polnische Übung „Cooperative Bridge '94“

### Allied Rapid Reaction Corps

Das Allied Command Europe Rapid Reaction Corps (ARRC) mit seinem etwa 400 Personen starken Hauptquartier in Mönchengladbach-Rheindahlen gehört zu den Krisenreaktionskräften der NATO und ist in kurzer Zeit (etwa sieben bis 15 Tage) einsatzbereit. Zugeordnet sind dem ARRC zehn Divisionsäquivalente aus 13 NATO-Mitgliedsländern. Es kann im gesamten Bündnisgebiet als „schnelle Eingreiftruppe“ zum Einsatz kommen.

Das Korps ist seit 1995 einsatzbereit. Es wird stets von einem britischen Generalleutnant geführt. Sein Stellvertreter ist stets ein Generalmajor aus Italien, der Chef des Stabes wird von Großbritannien gestellt. Das Korps wird bei den Einsätzen im Rahmen der NATO dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa (SACEUR) unterstellt.

### Multinationale Division Mitteleuropa (Multinational Division [Central])

Die Multinationale Division für den Bereich Mitteleuropa hat genauso wie das Allied Command Europe Rapid Reaction Corps ihren Stab im rheinischen Mönchengladbach. Sie ist ein selbständiger militärischer Großverband, der zu den Krisenreaktionskräften der NATO gehört. Er kann selbständig oder als Teil des ARRC eingesetzt werden. Die Division ist seit 1994 einsatzbereit.

Zum Stab gehören rund 100 Soldaten aus den vier beteiligten Nationen Belgien, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Die vier NATO-Partner stellen jeweils eine Luftlandebrigade und Teile der Divisionstruppen. Im Einsatzfall hätte der Großverband somit eine Stärke von bis zu 20.000 Soldaten.

Multinationalität ist für Luftwaffe und Marine seit ihrer Gründung gängige tägliche Praxis und hat damit eine lange Tradition. Zwar gibt es keine bi- oder multinationalen Verbände analog zu multinationalen Divisionen und Korps im Heer, doch reicht die Bandbreite der multinationalen Zusammenarbeit von gemeinsamer Ausbildung über Übungen bis hin zur Integration in den alliierten Führungsstrukturen.

Die multinationale Durchmischung geht heute schon hinunter bis zur Ebene Waffensystem und Schiff beziehungsweise Boot.

Die Luftwaffe führt den überwiegenden Anteil sowohl der fliegerischen als auch der Flugabwehr-Ausbildung in den USA durch. Diese Ausbildung findet in international besetzten Hörsälen an Ausbildungseinrichtungen in den USA statt. Neben gemeinsamem fachlichem Verständnis entwickelt sich dabei gegenseitiges sprachliches Verstehen und menschliches Miteinander in dienstlicher und persönlicher Hinsicht. Nahezu alle Einsatzübungen der Luftwaffe finden in multinationalem Rahmen statt.

Die kommandierenden Generale der Luftwaffenkommandos Nord und Süd sind gleichzeitig

Kommandeure der regional zuständigen „Interim Combined Air Operations Centers“ in Kalkar und Meßstetten. Damit unterstehen ihnen auch Luftverteidigungs- und Luftangriffskräfte der Bündnispartner. Beim Luftwaffenkommando Nord ist zudem ein „Reaction Forces Air Staff“ der NATO zur Planung gemeinsamer Kriseneinsätze eingerichtet.

Verbandsoperationen der Luftwaffe wie auch der Marine sind immer ein Verbund von verschiedenen Einheiten mit verschiedenen Waffensystemen. Sie richten sich nach unterschiedlichen Fähigkeiten der verschiedenen Partner unter einheitlicher Führung, damit ein gemeinsames Ziel erreicht werden kann. Diese Art verbundener Einsätze basiert auf dem Prinzip der multinationalen Aufgabenteilung und Rollenteilung, angepasst nach den jeweils besten Einsatzfähigkeiten und -möglichkeiten. Dieses Prinzip hat sich einsatz- und kostenwirksam bewährt.

Die Einheiten der Deutschen Marine sind in die vier ständigen Marineeinsatzverbände der NATO integriert, für die die Bündnispartner Schiffseinheiten abstellen. Bereits im April 1957 konnte die Marine als erste Teilstreitkraft der Bundeswehr der NATO ausgebildete Verbände (2. und 3. Minensuchgeschwader) unterstellen. Die Marine beteiligte sich seit ihrer Aufstellung an multinationalen NATO-Verbänden, wie der STANAVFORLANT, STANAVFORCHAN und STANAVFORMED. Die Führung dieser Verbände wechselt nach dem Rotationsprinzip zwischen den beteiligten Ländern.

Multinationalität ist ein wesentliches Prinzip der neuen Kommandostruktur der NATO. Der Anteil der von den einzelnen Mitgliedstaaten in die internationalen Hauptquartiere entsandten Soldaten richtet sich nach ihrem Bündnisbeitrag.

Voraussetzung für ein reibungsloses und effektives Zusammenwirken der unterschiedlichen Partner im Bündnis ist die hinreichende Befähigung, sich gegenseitig wirksam zu unterstützen und gemeinsam einsetzbar zu sein. Erst eine derartig enge Zusammenarbeit verschiedener Nationen ermöglicht Aufgabenteilung und die wirtschaftliche Nutzung knapper werdender Ressourcen.

Die enge Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Truppenteilen anderer Bündnispartner in gemeinsamen Verbänden ist für die Menschen, die hier zusammenarbeiten, zugleich eine großartige Chance der Begegnung. Hier kann sich die Freundschaft zwischen Angehörigen verschiedener Nationen im Alltag bewähren.

Die Bundeswehr profitierte in den vergangenen Jahren von der gemeinsamen Ausbildung von dem Erfahrungsschatz ihrer Partner. So absolvierten beispielsweise im Mai 1998 erstmals in der Geschichte Bundeswehrsoldaten gemeinsam mit israelischen Soldaten nahe Tel Aviv einen Lehrgang in Einheiten und Ausbildungsstätten der israelischen Armee.



Ein internationales Forum für Offiziere aus 100 Ländern bietet jedoch auch die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Taktische und operative Grundlagen werden an der Führungsakademie in den Lehrgängen Generalstabs-/Admiralstabsdienst vermittelt.

Die Bundeswehr vertieft die Integration im Westen und baut mit an den Brücken der Verständigung zum Osten. Sie nimmt damit aktiv an der Einigung Europas teil.

Im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ leistet die Bundeswehr einen Beitrag zur Heranführung der Staaten Mittel-, Ost- und Südeuropas an die Strukturen der Atlantischen Allianz.



### 1. Januar

Zur Jahreswende schließt die Bundeswehr die Vernichtung ihrer Anti-Personenminen ab und erfüllt damit als erster Staat weltweit die Forderungen des Abkommens von Ottawa.

### 3. Mai

Erstmals halten sich 17 Offizieranwärter des Heeres zur Ausbildung in Israel auf.

### 20. Juni

Vereinte Nationen verlängern SFOR-Mandat im ehemaligen Jugoslawien.

### 30. Juni

Einweihung Bundeswehr-Krankenhaus in Leipzig.

### 16. Juli

SFOR-Folgekontingent mit 900 Bundeswehr-Soldaten beginnt Verlegung nach Bosnien-Herzegowina.

### 14. September

Offizierschule des Heeres (OSH) in Dresden der Bestimmung übergeben.

### 18. September

Die Verteidigungsminister Deutschlands, Dänemarks und Polens stellen in Stettin das gemeinsam gebildete Multinationale Korps Nordost - MNC (NE) in Dienst.

### 23. September

Höhepunkt der Kosovo-Krise, VN-Sicherheitsrat droht Belgrad NATO-Luftschläge an.

### 28. Oktober

Rudolf Scharping wird Bundesminister der Verteidigung.

### 25. Dezember

Deutscher Anteil (1.800 Mann) der NATO-Schutztruppe für OSZE im Kosovo einsatzbereit.

## Der Krieg im Kosovo

Der Zerfallsprozess Jugoslawiens mündete nach 1990 in einen blutigen Bürgerkrieg. Ausgehend mit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens 1990, kam es ab 1991 zu Kämpfen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina.

Die Kriegführung nahezu aller beteiligten Parteien mit ihren regulären Truppen, Söldnern sowie Freischärlern war oft geprägt von Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung. Sie gipfelte in „ethnischen Säuberungen“ ganzer Landstriche.

Mit politischen und militärischen Mitteln versuchte die Belgrader Regierung unter Slobodan Milosevic seit 1989 die Unabhängigkeitsbestrebungen der mehrheitlich von Albanern bewohnten Provinz Kosovo zu unterbinden. Ab 1998 spitzte sich aufgrund der Aktionen der albanischen „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UCK) die Lage zu. Serbische Spezialpolizei und Jugoslawische Volksarmee antworteten mit brutalen Repressalien.

Ende September 1998 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat deshalb eine Resolution. Zu deren Durchsetzung wurden der Belgrader Regierung NATO-Luftschläge angedroht. Nachdem alle internationalen Bemühungen um eine politische Lösung ohne Erfolg geblieben waren und stattdessen größere Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und „ethnische Säuberungen“ bekannt geworden waren, nahm die NATO am 24. März 1999 intensive Luftoperationen auf. Sie richteten sich gegen die Streit- und Sicherheitskräfte sowie für die militärischen Zwecke wichtige Infrastruktur der von Slobodan Milosevic geführten Bundesrepublik Jugoslawien.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages waren Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland von Beginn an in die alliierten Luftoperationen integriert.

An dem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr seit ihrem Bestehen, nahm die Luftwaffe mit ihren im

italienischen Piacenza stationierten Einsatzgeschwader teil, das zehn ECR- und vier Aufklärungs-Tornados sowie Transportflugzeuge umfasste.

Aufklärungsarbeit leistete neben dem Heer mit seinen unbemannten „Aufklärungs-Drohnen“ ebenfalls die Marine mit einem Flottendienstboot und den Aufklärungsflugzeugen „Breguet Atlantique“. Für die Dauer der Luftoperationen unterstützte die Marine im Rahmen der NATO-Marineverbände Standing Naval Force Mediterranean sowie Standing Naval Force Atlantic die Operationen mit Fregatten und Zerstörern.



> Feldjäger ermitteln im Kosovo

Angesichts der sich abzeichnenden humanitären Katastrophe unter den 800.000 aus dem Kosovo geflüchteten und vertriebenen Menschen wurde am 30. März 1999 der Einsatz der Streitkräfte zur humanitären Hilfe in Mazedonien angeordnet. Zusätzlich zur Versorgung der Flüchtlinge in Mazedonien und Albanien durch die Luftwaffe übernahm die Bundeswehr deshalb den Aufbau und die Organisation von Flüchtlingslagern in Mazedonien und später auch in Albanien. Daneben wurden durch deutsche Soldaten umfangreiche Unterstützungsleistungen (medizinische Betreuung, Bereitstellung und Transport von Nahrungsmitteln und Hilfsgütern) erbracht.



Am 10. Juni 1999 setzte die NATO die Luftoperationen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien aus. Im Rahmen der Beteiligung an der im Anschluss an die Luftoperationen durchgeführten Operation „Allied Harvest“ (Räumung von in Notwurfgebieten in der Adria abgeworfenen Munition durch Minenabwehrverbände der NATO) konnten die eingesetzten deutschen Minenjagdboote maßgeblich zum Erfolg der Operation beitragen.

Der Deutsche Bundestag stimmte am 11. Juni 1999 der Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte in das Kosovo zu. Sie sollten als Teil der internationalen Sicherheitstruppe Kosovo-Force (KFOR) die Friedensregelungen absichern. Die Voraussetzungen dafür waren durch die Unterzeichnung eines militärisch-technischen Abkommens zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien sowie die Verabschiedung der Resolution Nr. 1244 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegeben. Die Strategie der NATO – phasenweise Erhöhung des militärischen Drucks auf Präsident Milosevic bei gleichzeitigen politischen Verhandlungen – war erfolgreich.



Im Gefolge des serbischen Rückzugs aus dem Kosovo rückten unter anderem Einheiten des deutschen Heeres zur Sicherung der zu räumenden oder geräumten Zonen im Kosovo ein.

Am 12. Juni 1999 verlegte das deutsche Kontingent in das Kosovo und übernahm dort als Multinationale

Brigade Süd ihren Verantwortungsbereich im Südwesten. In der Multinationalen Brigade Süd sind Truppen aus den Nationen Aserbaidschan, Deutschland, Georgien, Österreich, Russland, Schweiz, Slowenien, Türkei integriert.

Ihr Einsatzgebiet zählte zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung zwischen jugoslawischen Sicherheitskräften und der UCK zu den stark umkämpften Gebieten. Das Hauptquartier der Brigade befindet sich in Prizren. In ihrem Verantwortungsbereich übernahm die Brigade die folgenden Hauptaufgaben:

- Sicherstellen eines unverzüglichen und verifizierbaren Endes von Gewalt und Unterdrückung,
- Überprüfung des Rückzugs aller militärischen, paramilitärischen und polizeilichen Kräfte der Bundesrepublik Jugoslawien,
- Schaffen und Aufrechterhalten eines sicheren Umfelds für alle Bürger im Kosovo sowie Ermöglichen einer freien Rückkehr aller Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre Heimat (Einrichten und Betreiben von Kontrollpunkten, Patrouillen, Minensuche und -beseitigung, Eskortieren serbischer ziviler Flüchtlinge),
- Unterstützen der internationalen Organisationen bei der Entwicklung selbst tragender demokratischer Übergangsstrukturen sowie Sicherstellen friedlicher und normaler Lebensbedingungen für die Bewohner des Kosovo,
- Demilitarisierung im gesamten Kosovo einschließlich der UCK und
- Gewährleistung des ungehinderten Zugangs humanitärer Hilfsorganisationen in das Kosovo.

Schon vor Übernahme des Verantwortungsbereichs durch die Brigade war offenkundig, dass der Durchführung humanitärer Hilfeleistung und der Versorgung der Bevölkerung mit winterfesten Unterkünften eine hohe Priorität einzuräumen war. Für diesen Zweck war unter anderem ein Pionierbataillon in das deutsche Kontingent eingegliedert worden, das besonders für humanitäre Einsätze geeignet war. Die zu diesem Bataillon gehörende Feldküchenkompanie trug ab dem 10. Juli 1999 zur Grundversorgung der Bevölkerung durch die Bereitstellung von warmen Mahlzeiten bei.



> Aufklärungsdrohne CL 289 beim Start

Am 3. August 1999 übernahm Brigadegeneral Sauer das Kommando über die Einsatzbrigade und am 28. August konnte der deutsche Kontingentswechsel vom 1. zum 2. Kontingent abgeschlossen werden. Neuer Kommandeur des deutschen Heereskontingentes wurde am 28. August Generalmajor Riechmann.

Für das 2. Kontingent waren nach Abschluss der Anfangsoperationen neue Schwerpunkte in der Auftragserfüllung zu setzen. In dieser Phase kam es besonders darauf an, die Konsolidierung der Sicherheitslage weiter voranzutreiben, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und mit Notunterkünften im Hinblick auf den bevorstehenden Winter abzuschließen.

In die Zeit des 2. deutschen Kontingents fiel am 8. Oktober 1999 die Übernahme des Kommandos über KFOR (COMKFOR) durch General Dr. Klaus Reinhardt.

Im Dezember 1999 traf das 3. deutsche Kontingent KFOR im Einsatzgebiet ein. Am 15. Dezember 1999 hatte Brigadegeneral Kather als Kommandeur das deutsche Heereskontingent übernommen.

Für dieses Kontingent kam es im Wesentlichen darauf an, die Sicherheitslage im Verantwortungsbereich zu konsolidieren, den Wiederaufbau

wichtiger Infrastruktur und sozialer Einrichtungen zu unterstützen.

Brigadekommandeur der multinationalen Brigade Süd ist seit 15. Juni 2000 der deutsche Brigadegeneral Fritz von Korff. Er ist zugleich neuer Befehlshaber aller deutschen Truppen im Einsatzgebiet der KFOR.

Ähnlich wie zuvor bereits in Bosnien und Herzegowina leistet die CIMIC-Kompanie und ein Pionierbataillon in enger Zusammenarbeit und Verzahnung mit den rund 60 Hilfsorganisationen im deutschen Sektor einen gewichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Lage im Kosovo.

Auch weiterhin erstreckt sich die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz für das Kosovo auf die Bereitstellung von Kräften für Land-, Luft-, See- und Seeluftoperationen.

Nachdem nun die unmittelbare Hilfe für die Notleidende Bevölkerung im Wesentlichen abgeschlossen ist, verlagert sich der Schwerpunkt der Aktivitäten mehr auf den nachhaltigen Wiederaufbau, die Etablierung eines funktionierenden Verwaltungssystems und der schrittweisen Übertragung der politischen Verantwortung. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung werden die für Herbst dieses Jahres vorgesehenen Kommunalwahlen im Kosovo sein. Landesweite Wahlen sind für 2001 vorgesehen.



> Der 2. Konvoi der deutschen Einsatzbrigade bei Skopje

### 12. März

Polen, Ungarn und Tschechien werden in das Nordatlantische Bündnis aufgenommen.

### 24. März

Nach Scheitern der Friedensbemühungen für das Kosovo beginnt die NATO mit Luftangriffen gegen serbische Militärziele. Die Bundeswehr beteiligt sich mit Flugzeugen vom Typ „Tornado“.

### 31. März

General Hans-Peter von Kirchbach wird neuer Generalinspekteur der Bundeswehr.

### 3. Mai

Verteidigungsminister Rudolf Scharping beruft eine Kommission mit dem Titel „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“. Sie wird geleitet vom ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker und soll den Minister bei den anstehenden Strukturentscheidungen beraten.

### 24. Mai

Die Bundesrepublik Deutschland feiert ihr fünfzigjähriges Bestehen.

### 10. Juni

Nach dem Einlenken des jugoslawischen Staatspräsidenten Slobodan Milosevic enden die Luftoperationen der NATO. Mit der multinationalen Friedenstruppe KFOR rücken daraufhin auch deutsche Truppenteile in das Kosovo ein und sichern den Großraum Prizren.

### 18. September

Die Verteidigungsminister Dänemarks, Polens und Deutschlands stellen in Stettin das von den drei Nationen gemeinsam gebildete Multinationale Korps in Dienst.

### 8. Oktober

Der Oberbefehl über die unter NATO-Führung stehende Friedenstruppe KFOR geht auf den NATO-Oberbefehlshaber Landstreitkräfte Europa-Mitte, den deutschen General Dr. Klaus Reinhardt, über.

### 13. Oktober

Lufttransport, Sanitäts- und Unterstützungspersonal der Bundeswehr verlegt ins australische Darwin, um die VN-Friedenstruppe INTERFET in Osttimor mit medizinischen Evakuierungseinsätzen zu unterstützen.

### 9. November

Zehn Jahre Mauerfall.

## Zehn Jahre „Armee der Einheit“: Bilanz und Ausblick

Mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 hat sich nach über 40 Jahren das Streben der Deutschen nach Einheit in Frieden und Freiheit erfüllt. Zur Vollendung der deutschen Einheit hat die Bundeswehr von Beginn an ihren Beitrag geleistet. Der Aufbau der „Armee der Einheit“ war menschlich und organisatorisch eine in der Geschichte beispiellose Leistung der gesamten Bundeswehr. Nahezu 60.000 Soldaten und Zivilbedienstete der ehemaligen Nationalen Volksarmee wurden übernommen.



> Bendler Block, 2. Dienstsitz des BMVg in Berlin

Nach der Aufhebung der Teilung Europas und dem Ende des „Kalten Krieges“ 1990 hat sich die sicherheitspolitische und strategische Lage in Europa entscheidend verbessert. Eine unmittelbare militärische Bedrohung mit konventionellen Kräften ist in absehbarer Zeit sehr unwahrscheinlich. Allerdings kann sie nicht vollständig ausgeschlossen werden. Diesen neuen Rahmenbedingungen wird die Bundeswehr angepasst. Ihr Umfang wurde schrittweise auf 338.000 Soldaten reduziert. Zudem wurde sie noch stärker als Mobilmachungsarmee strukturiert.

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 ist der Einsatz der Bundeswehr für friedenserhaltende Maßnahmen

auch außerhalb des Bundesgebietes rechtlich zulässig, wenn der Deutsche Bundestag zuvor seine Zustimmung gegeben hat.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird weiterhin von der engen Zusammenarbeit in der Nordatlantischen Allianz und der Europäischen Union geprägt sein. Fest eingebunden in diese transatlantischen und europäischen Strukturen, wird sich die „Armee der Einheit“ als verlässlicher Bündnispartner an dem gesamten Aufgabenspektrum der Allianz beteiligen. Darüber hinaus unterstützt die Bundeswehr die Vereinten Nationen, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie andere internationale Organisationen in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Zukünftig werden Krisenvorbeugung und Konfliktbewältigung sowie Partnerschaft und Kooperation, insbesondere in multinationalen Verbänden, an Bedeutung gewinnen.

Damit die Bundeswehr ihre Aufgaben auch weiter wahrnehmen kann, bedarf es moderner Streitkräfte mit einem hohen Maß an Mobilität und Flexibilität. Präsenz und Einsatzfähigkeit müssen auf die unterschiedlichen Anforderungen zugeschnitten sein. Die Bestandsaufnahme der Bundeswehr hat gezeigt, dass der konzeptionelle und strukturelle Rahmen kein Entwicklungspotenzial mehr für die Streitkräfte bietet. Bereits getroffene und kurzfristig noch erforderliche Anpassungsmaßnahmen können heute Probleme nur unter Inkaufnahme von Schwächen an anderer Stelle lösen. Die notwendige Erneuerung der Bundeswehr muss deshalb Struktur, Umfang, Ausrüstung und Ausbildung wieder in eine dauerhafte Balance bringen. Die Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ hat dazu ihre Beratungsergebnisse und Empfehlungen am 23. Mai 2000 vorgelegt. Ebenfalls hat der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, von Kirchbach, seine „Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte“ vorgestellt.

Auf der Basis dieser Vorstellungen hat der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, die Eckpfeiler für die Neuausrichtung der Bundeswehr am 1. Juni 2000 vorgestellt. Sie sind Ausgangspunkt für die parlamentarischen Entscheidungen, für weitere Entscheidungen der Bundesregierung und des Bundesministers der Verteidigung sowie für die Feinausplanung von Streitkräften und Verwaltung.

Diese Neuausrichtung wird einige Jahre in Anspruch nehmen und muss von einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen werden. Verantwortung und Interessen unseres Landes erfordern eine Bundeswehr, die unverändert als Hauptaufgabe die Landes- und Bündnisverteidigung hat. Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger gegen politische Erpressung und äußere Gefahr; sie fördert die militärische Stabilität und die Integration Europas. Ferner helfen die deutschen Streitkräfte bei Kata-



> Gedenken an die Widerstandskämpfer im Bendler Block

strophen, retten aus Notlagen und unterstützen humanitäre Aktionen. Die Bundeswehr dient darüber hinaus dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. Auch weiterhin lautet ihr Auftrag: Frieden.



> In multinationaler Partnerschaft für den Frieden

**1. Februar**

Verteidigungsminister Rudolf Scharping besucht die erste von 10 Tagungen zur Zukunft der Bundeswehr.

**29. Februar**

Nach einer Einsatzdauer von mehr als 18 Wochen kehren die deutschen Soldaten der INTERFET-Truppe nach Deutschland zurück.

**3. März**

Die Bundeswehr beteiligt sich an der internationalen Hilfe für die von der Überschwemmungskatastrophe betroffenen Menschen in Mosambik.

**15. März**

Bundeskanzler Gerhard Schröder und Verteidigungsminister Rudolf Scharping unterzeichnen gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft den Rahmenvertrag zur „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“.

**März**

Ende März wird das Fliegerische Ausbildungszentrum für Strahlflugzeugführer und Waffensystemoffiziere in New Mexiko, USA, eröffnet. Alle fliegerischen Ausbildungsabschnitte für den Flugzeugtyp „Tornado“ werden hier zusammengefasst.

**1. April**

Als Teil der neu organisierten Truppeninformation nimmt „Intr@net aktuell“ seinen Betrieb auf.

**8. Mai**

Bundesminister Rudolf Scharping benennt die Kaserne der Heeresflugabwehrschule in Rendsburg nach dem Feldwebel der Wehrmacht Anton Schmid, der 1942 in Wilna Juden mit Lebensmitteln versorgt und einigen zur Flucht verholfen hatte. Schmid war dafür zum Tode verurteilt und erschossen worden.

**Mai**

Der Deutsche Bundestag wählt im Mai den SPD-Abgeordneten Willfried Penner zum neuen Wehrbeauftragten.

**23. Mai**

Die Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ legt ihren Bericht vor.

**7. Juni**

Das Bundeskabinett beschließt einen Entwurf zur Änderung des Soldatengesetzes, wonach die Bundeswehr in allen Verwendungen für Frauen geöffnet wird. Es folgt damit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 11. Januar 2000. Am 19./20. Juli nehmen die ersten Frauen an Aufnahmeprüfungen zum Dienst in der Bundeswehr teil.

**14. Juni**

Das Bundeskabinett beschließt auf Vorschlag von Bundesminister Rudolf Scharping die „Eckpfeiler für die Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf“. Die Präsenzstärke der Streitkräfte wird darin auf 255.000 Soldaten festgelegt. Mit Schüler- und Wehrübungsplätzen soll ein Gesamtumfang von 277.000 Soldaten erreicht werden. 77.000 Stellen sind für Grundwehrdienstleistende vorgesehen, die ihren Dienst in neun Monaten an einem Stück oder flexibel aufgeteilt ableisten. Zugleich sind Stellenanhebungen, der sozialverträgliche Abbau des Personalüberhangs und die Einführung von getrennten Laufbahnen für Feldwebel und Fachunteroffiziere geplant.

**1. Juli**

General Harald Kujat wird neuer Generalinspekteur der Bundeswehr.

- Beutler, Horst; Koschel, Helmut; Bischoff, Martin u.a.: 5 Jahre Umweltschutz der Bundeswehr in den 5 neuen Bundesländern und Berlin, Sankt-Augustin 1995.
- Bredow, Wilfried von: Die Zukunft der Bundeswehr. Gesellschaft und Streitkräfte im Wandel, Opladen 1995.
- Buchbender, Ortwin; Bühl, Hartmut; Kujat, Harald; Schreiner, Karl H. u.a.: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik mit Stichworten zur Bundeswehr, 4. überarb. A. Berlin 2000.
- Bundesminister der Verteidigung: Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, Bonn 2000.
- Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bonn 1999.
- Bundesministerium der Verteidigung: Hintergrundinformationen zum Einsatz der Internationalen Staatengemeinschaft im Kosovo und zur Beteiligung der Bundeswehr, Bonn 2000.
- Erbe, Jürgen (Hrsg.): Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und seine Aufgaben, in: Wehrtechnischer Report, April 1998.
- Farwick, Dieter (Hrsg.): Ein Staat – Eine Armee. Von der NVA zur Bundeswehr, Frankfurt/M. 1992.
- Heydrich, Wolfgang; Lemke, Hans-Dieter; Rohde, Joachim (Hrsg.): Die Bundeswehr am Beginn einer neuen Epoche. Anforderungen an die Streitkräfte und ihre rüstungsindustrielle Basis, Baden-Baden 1996.
- Informations- und Pressestab des Bundesministeriums der Verteidigung: Umweltschutz, Bonn 1996.
- Jacobsen, Hans-Adolf: Die Bundeswehr der neunziger Jahre vor neuen Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 18, (1991), S. 32–45.
- Kirchbach, Hans Peter von: Mit Herz und Hand. Soldaten zwischen Oder und Elbe, Frankfurt/M. 1998.
- Kirchbach, Hans Peter von; Meyers, Manfred; Vogt, Victor: Abenteuer Einheit. Zum Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern, Frankfurt 1992.
- Klein, Paul; Zimmermann, Rolf P. (Hrsg.): Aspekte der Osterweiterung der Nato, Baden-Baden 1999.
- Nato-Presse- und Informationsdienst (Hrsg.): Nato-Handbuch, Brüssel 1998.
- Naumann, Klaus (Hrsg.): NVA. Anspruch und Wirklichkeit. Nach ausgewählten Dokumenten, Bonn 1995.
- Naumann, Klaus: Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, Berlin 1994.
- Rühle, Volker: Betr.: Bundeswehr. Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Wandel, Bonn 1995.
- Schönbohm, Jörg: Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee, 1992.
- Thoss, Bruno (Hrsg.): Vom „Kalten Krieg“ zur deutschen Einheit: Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995.
- Wedhorn, Frank: Das Altlastenprogramm der Bundeswehr in den neuen Bundesländern – eine Ergebnisbilanz, in: Bundeswehrverwaltung, Heft 3, 1997, 41. Jg., S. 49–61.
- Wünsche, Wolfgang (Hrsg.): Rührt Euch! Zur Geschichte der NVA, Berlin 1998.
- Presse- und Informationsstab der Bundeswehr: CD-ROM: Auftrag: Frieden, Bonn 2000.
- Internet: <http://www.bundeswehr.de>

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist besonders die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.